

Würzburger Jean-Monnet-Papers



Julius-Maximilians-
**UNIVERSITÄT
WÜRZBURG**

JMP 3

Carolin Rüger

Fernab der Öffentlichkeit?

**Öffentliche Meinung
im Spiegel der
Integrationstheorien**

2019

Über das Projekt

Die Würzburger Jean-Monnet-Papers (JMP) sind Teil der Arbeiten des Jean-Monnet-Lehrstuhls von Prof. Dr. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet an der JMU Würzburg unter dem Projekttitel „Die Europäische Union jenseits der Krisen: Neues Vertrauen in die Potenziale der EU schaffen“. Weitere Arbeiten und Informationen können unter www.maineuropa.eu abgerufen werden. Das Projekt wird von der Europäischen Kommission kofinanziert.

Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen geben ausschließlich die Sicht der Autorinnen und Autoren und nicht die der Herausgeberin oder der Europäischen Kommission wider.

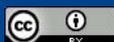
Herausgeberin:
Prof. Dr. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet
Julius-Maximilians-Universität Würzburg
Jean-Monnet-Lehrstuhl
Professur für Europaforschung und Internationale Beziehungen

© Julius-Maximilians-Universität Würzburg
Professur für Europaforschung und
Internationale Beziehungen
Wittelsbacherplatz 1
97074 Würzburg
Tel.: +49 931 - 31-84854
ib@uni-wuerzburg.de
<http://politikwissenschaft.uni-wuerzburg.de>
Alle Rechte vorbehalten.
Würzburg 2019.

Dieses Dokument wird bereitgestellt durch
den Publikationsservice der Universität
Würzburg.

Universitätsbibliothek Würzburg
Am Hubland
D-97074 Würzburg
Tel.: +49 931 - 31-85906
opus@bibliothek.uni-wuerzburg.de
<https://opus.bibliothek.uni-wuerzburg.de>
Titelblattgestaltung: UB Würzburg

ISSN: 2625-6193



Zitiervorschlag:

Rüger, Carolin 2019: Fernab der Öffentlichkeit? Öffentliche Meinung im Spiegel der Integrationstheorien, in: Würzburger Jean-Monnet-Papers, Nr. 3 (2019). DOI: 10.25972/OPUS-18477

Fernab der Öffentlichkeit? Öffentliche Meinung im Spiegel der Integrationstheorien¹

Carolin Rüger

Abstract

Die Europäische Union (EU) sieht sich gegenwärtig einem Prozess der Politisierung ausgesetzt, der durch die Polykrise der letzten Jahre verstärkt wurde. Der „permissive consensus“ (Lindberg/Scheingold 1970), welcher schon seit dem „post-Maastricht Blues“ (Eichenberg/Dalton 2007) bröckelte, wird durch eine Reihe ablehnender Referenden zu europapolitischen Themen weiter in Frage gestellt. Die seit langem spürbaren Desintegrationstendenzen und Zentrifugalkräfte kulminierten im Brexit-Referendum vom Juni 2016. Vor diesem Hintergrund ist mehr denn je zu konstatieren, dass die Öffentlichkeit, die UnionsbürgerInnen eine zentrale, den Integrationsprozess mindestens beeinflussende, bisweilen limitierende Rolle einnehmen.

Diese Studie stellt die Frage, inwiefern die Theorien der europäischen Integration diesen wichtigen, den Integrationsprozess immer deutlicher (mit-)bestimmenden Faktor der Öffentlichkeit erfassen. Der Beitrag liefert zum einen eine komprimierte Übersicht der einschlägigen theoretischen Ansätze, die seit den 1950er-Jahren bis heute zur Beschreibung und Erklärung von Prozess und Zustand der europäischen Integration verwendet wurden und werden. Dabei wird zum zweiten die jeweilige Rolle der Öffentlichkeit in den Ansätzen ausgewählter ReferenztheoretikerInnen retrospektiv und aktuell durchgesehen. Mit dieser integrationstheoretischen Rundumschau unter dem Filter der Öffentlichkeit liefert die vorliegende Analyse Anknüpfungspunkte für theoriegeleitete Europaforschung, die den Politisierungsprozess der EU einordnend, analysierend, erklärend, verstehend und bei Bedarf kritisch begleiten kann.

Abstract (in English)

The European Union (EU) is currently undergoing a process of politicisation that has been intensified by the recent polycrisis. The "permissive consensus" (Lindberg/Scheingold 1970), which had been crumbling since the "post-Maastricht blues" (Eichenberg/Dalton 2007), was further called into question by a series of negative referenda on European issues. The disintegration tendencies and centrifugal forces that had long been noticeable culminated in the Brexit referendum of June 2016. Against this background, it can be stated more than ever that the public, the EU citizens play a central role that at least influences and sometimes limits the integration process.

This study poses the question of the extent to which the theories of European integration grasp this important factor of the public sphere, which is increasingly (co-)determining the

¹ Bei dieser Studie handelt es sich um eine überarbeitete und aktualisierte Version der Untersuchung zum Stellenwert der Öffentlichkeit in integrationstheoretischen Ansätzen aus Rüger 2012: 100-129.

integration process. On the one hand, this contribution provides a condensed overview of the relevant theoretical approaches that have been and are being used since the 1950s to describe and explain the process and state of European integration. On the other hand, the respective roles of the public are reviewed in the approaches of selected theorists. With this panorama of integration theory under the filter of public opinion, this analysis marks points of reference for theory-driven research that can classify, analyse, explain, understand and, if necessary, critically accompany the politicization process of the EU.

Online publiziert: 31.07.2019

© Professur für Europaforschung und Internationale Beziehungen

Zur Autorin

Dr. Carolin Rüger ist Dozentin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Europaforschung und Internationale Beziehungen der Universität Würzburg. Sie ist Projektkoordinatorin am Jean-Monnet-Lehrstuhl von Prof. Dr. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet und Mitglied im Team Europe (RednerInnen-/ExpertInnendienst der Europäischen Kommission).

Inhaltsverzeichnis

1	Klassische Ansätze.....	5
1.1	Normative Frühphase: Funktionalismus vs. Föderalismus	5
1.2	Transaktionalismus	6
1.3	Neofunktionalismus.....	7
1.4	Intergouvernementalismus.....	11
2	Neuere integrationstheoretische Entwicklungen und Ansätze.....	13
2.1	Renaissance und Modifikationen: Liberaler Intergouvernementalismus vs. Supranationalismus	13
2.2	Neo-Institutionalismus und Governance-Ansätze	16
2.3	Konstruktivistische Perspektiven.....	17
2.4	Postfunktionalismus	19
2.5	Weitere Ansätze und interdisziplinäre Impulse	20
3	Fazit: Vom Statisten zum Protagonisten.....	23

Nee, Non, No – und nun? Seit Beginn der 1990er-Jahre stellten ablehnende Referenden zu europapolitischen Fragen die Europäische Union (EU) immer wieder vor große Herausforderungen. Mit dem Vertrag von Maastricht und dem dänischen Nein 1992 bröckelte der jahrzehntelange „permissive consensus“ (Lindberg/Scheingold 1970), die stillschweigende Zustimmung der BürgerInnen zur europäischen Integration. Der „post-Maastricht Blues“ (Eichenberg/Dalton 2007) erfasste die EU. Diese sieht sich seitdem einer zunehmenden, mal mehr, mal weniger intensiv voranschreitenden Politisierung ausgesetzt, verstanden als „Prozess, mittels dessen Entscheidungskompetenzen und die damit verbundenen autoritativen Interpretationen von Sachverhalten in die politische Sphäre gebracht werden“ (Zürn 2013: 19). Dieser Politisierungsprozess manifestiert sich in einem erhöhten Interesse der UnionsbürgerInnen an EU-Themen, in einer zunehmenden Meinungspolarisierung in der öffentlichen Diskussion über Europapolitik sowie in einer erhöhten Mobilisierung von politischen AkteurInnen und von Ressourcen bei EU-bezogenen Debatten (Rauh/Zürn 2014: 126). Der Befund einer erhöhten Politisierung² trifft auf die aktuelle europapolitische Diskussion zweifelsohne zu und war gerade vor der Europawahl 2019, der vielfach beschworenen Schicksalswahl für die EU, virulent. Befördert wurde der seit langem anhaltende Politisierungsprozess durch die von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker treffend als Polykrise³ diagnostizierte Gemengelage der letzten Jahre. Gemeint ist damit das Bündel von Krisen, die nicht nur zur selben Zeit eintraten, „they also feed each other, creating a sense of doubt and uncertainty in the minds of our people“ (Juncker zit. nach Greubel 2018: 4). Die Polykrise entfalte laut Juncker ihre zerstörerische Wirkung aufgrund der Tatsache,

„that for the first time in history, we do not have to deal with one single crisis. In the past, we had crises, one at a time, which were then solved. This time, we have to deal with a poly-crisis, as it is burning everywhere; not only in Europe, but wherever it is burning outside of Europe, the conflagration is spreading into Europe.“

Im Zuge der Finanz-, Staatsschulden- und Eurokrise sowie der Flüchtlingskrise erstarkten nationalistische und populistische Strömungen, die die EU zunehmend als das Problem und nicht als die Lösung der mannigfaltigen internen und externen Herausforderungen betrachten und die Debatte über Sinn und Unsinn europäischer Kooperation anfachen. Die seit langem spürbaren Desintegrationstendenzen und Zentrifugalkräfte kulminierten auf bittere Art und Weise im Brexit-Referendum vom Juni 2016 und dem bevorstehenden Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU. „[...] Euroscepticism actually re-injects politics into a largely de-politicized polity“ (Leconte 2015: 256). Vor diesem Hintergrund ist mehr denn je zu konstatieren, dass die Öffentlichkeit, die UnionsbürgerInnen eine zentrale, den Integrationsprozess mindestens beeinflussende, bisweilen limitierende Rolle spielen.

Vorliegender Beitrag stellt die Frage, inwiefern die Theorien der europäischen Integration diesen wichtigen, den Integrationsprozess immer deutlicher (mit-)bestimmenden Faktor der „Öffentlichkeit“⁴ erfassen. Die Forschungslandschaft zum Thema „EU und Öffentlichkeit“ wächst beständig, theoretische Reflexionen erfolgen jedoch gerade in der deutschsprachigen

² Während über den Befund kaum Zweifel herrschen, besteht weiterer Forschungsbedarf, was das Ausmaß der Politisierung der europäischen Integration angeht. So kamen etwa Edgar Grande und Hanspeter Kriesi auf Basis einer empirischen Studie zu dem Ergebnis, dass die öffentliche Debatte zur Eurokrise „zu keinem Quantensprung im politischen Konfliktniveau“ führte (Grande/Kriesi 2015: 479).

³ Der Begriff selbst stammt ursprünglich aus den Reihen des European Policy Centre (EPC), vgl. grundlegend Emmanouilidis/Zuleeg 2016: 3-17.

⁴ Die Begriffe „Öffentlichkeit“ und „öffentliche Meinung“ werden in diesem Beitrag aus forschungspragmatischen Erwägungen synonym gebraucht. Zu den Hintergründen und zu Definition und Operationalisierung des Phänomens „Öffentlichkeit“ vgl. Rüger 2012: 45-53.

Forschung kaum. Eine ausführliche, systematische Analyse, die auch jüngere Entwicklungen (sowohl der europäischen Integration als auch der Integrationstheorien) berücksichtigt, liegt nicht vor. Der Beitrag verfolgt somit zwei Ziele: Zum einen soll er – in der teils unter-theoretisierten deutschsprachigen Europaforschung – einen aktuellen, komprimierten Überblick über das bestehende Angebot an Theorien liefern. Dabei wird explizit nicht die Absicht verfolgt, jede Theorie vollständig und detailliert darzulegen. Vielmehr geht es darum, eine Übersicht der einschlägigen Theorien, die seit den 1950er-Jahren zur Beschreibung und Erklärung von Prozess und Zustand der europäischen Integration verwendet wurden und werden, zu bieten. Damit sollen Anknüpfungspunkte für theoriegeleitete Europaforschung geschaffen werden, die den oben beschriebenen Politisierungsprozess der EU einordnend, analysierend, erklärend, verstehend und bei Bedarf kritisch begleiten kann. Dazu wird zum zweiten die jeweilige Rolle der Öffentlichkeit in Ansätzen ausgewählter ReferenztheoretikerInnen retrospektiv und aktuell durchgesehen. Die Analyse unter dem Filter der öffentlichen Meinung folgt den gängigen Einteilungen der Integrationstheorien in verschiedene, sich teilweise überschneidende Strömungen und versteht Theorien in einem breiten Sinn als abstrakte Reflexionen zur europäischen Integration.⁵

1 Klassische Ansätze

1.1 Normative Frühphase: Funktionalismus vs. Föderalismus

Die Frühphase der Theorien regionaler Integration, die zeitlich teilweise noch vor der eigentlichen Geburtsstunde der europäischen Integration anzusiedeln ist, war geprägt vom Widerstreit zwischen Funktionalismus und Föderalismus. Beide Ansätze tragen stark normative Züge und stellen – besonders im Fall des Föderalismus – eher politische Bewegungen als genuine Theorien dar. Gemeinsame Zielvorstellung sowohl des Funktionalismus als auch des Föderalismus war es, nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs den Frieden in Europa zu sichern. Während AnhängerInnen des Föderalismus zur Erreichung dieses Ziels in einem einmaligen konstitutionellen Akt quasi die „Vereinigten Staaten von Europa“ als Bundesstaat schaffen wollten (*function follows form*), lehnten VertreterInnen des Funktionalismus diesen „big bang-Ansatz“ (Dinan 2004: 23) ab und setzten dagegen auf inkrementelle Integration (*form follows function*). Die Integration sollte sich nach Meinung der FunktionalistInnen nicht in einem bewusst gesteuerten einmaligen Verfassungssprung vollziehen, sondern eher prozessual, unpolitisch und technisch-funktional ablaufen sowie – zumindest im klassischen Funktionalismus – nicht auf regionaler, sondern auf globaler Ebene stattfinden. So richtete sich David Mitrany, der geistige Vater des Funktionalismus, anfangs sogar gegen einen rein europäischen Zusammenschluss und ging davon aus, dass ein „working peace system“ (Mitrany 1944) nur auf globaler Ebene entstehen könne. Der zentrale Gedanke des Funktionalismus, dass eine sektorale und unpolitische Zusammenarbeit von ausgewiesenen Fachleuten

⁵ Die Einteilung im Folgenden basiert vor allem auf Bieling/Lerch 2006a, Bieling/Lerch 2012, Bieling 2016 sowie auf Wiener et al. 2019. Der Postfunktionalismus fehlt überraschenderweise sowohl bei Bieling/Lerch 2012 als auch bei Wiener/Börzel/Risse 2019 als eigenständige Theorie. Aufgrund der zentralen Rolle, die die postfunktionalistische Forschungsagenda der Öffentlichkeit zuschreibt, behandelt dieser Beitrag den Postfunktionalismus, wenngleich er stark vom Konstruktivismus beeinflusst ist, als neue *grand theory* des letzten Jahrzehnts in einem eigenen Abschnitt. Zur Übersicht der Integrationstheorien vgl. stellvertretend für viele auch Giering 1997; Rosamond 2000; Wiener/Diez 2009; Grimmell/Jakobeit 2009; Bache et al. 2014; Saurugger 2014.

als Keimzelle weitergehender Kooperation in angrenzenden Bereichen dient, wurde vom Neofunktionalismus später aufgegriffen.⁶ Der Öffentlichkeit wurde im klassischen Funktionalismus keine große Relevanz beigemessen, die Schlüsselrolle sollten nach Mitranys Vorstellung sektorspezifische ExpertInnen innehaben.

Die Idee des Föderalismus, der seine Wurzeln in der Widerstandsbewegung des Zweiten Weltkriegs hatte, erfasste weitere Bevölkerungskreise als der Funktionalismus. So kamen beim Haager Europakongress 1948 ca. 1.000 Personen zusammen, um die während der Kriegszeit entwickelten Europavorstellungen zu diskutieren und in die Tat umzusetzen. Die Veranstaltung war nicht nur an einen elitären Kreis von PolitikerInnen und einzelnen Europaverbänden gerichtet, sondern wurde von breiteren Kreisen der Bevölkerung unterstützt (Große-Hüttmann/Fischer 2006). Carl-Joachim Friedrich, Vordenker des Föderalismus, richtete seine Aufmerksamkeit folglich auch auf den „grassroots level“ (Friedrich 1968: 159) und nahm transnationale ökonomische Verflechtungen und Austauschbeziehungen oder gesellschaftliche Verschränkungen wie z. B. Städtepartnerschaften in den Blick (Große-Hüttmann/Fischer 2006: 50). Dieser relativ bürgernahe „grassroots“-Blickwinkel wie auch der Föderalismus selbst fanden in der integrationstheoretischen Debatte in der Folgezeit wenig Widerhall. Die Ursache dafür ist vor allem in der Praxis der europäischen Integration zu suchen: Zwar gab es in den fünfziger Jahren durchaus föderale Ansätze wie beispielsweise die avisierte Gründung der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG), die auf einer veritablen Verfassung fußen sollte. Als die EPG jedoch zusammen mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) 1954 in der französischen Nationalversammlung gescheitert war, verlegte man sich in der Integrationspraxis auf die funktionalistische „Methode Monnet“, also eine Europapolitik der kleinen Schritte. Der Föderalismus und somit auch dessen in der Programmatik ausgeprägte gesellschaftliche Verwurzelung verloren damit an Erklärungskraft und Bedeutung. Die Tatsache, dass man dem Föderalismus, der, wie oben beschrieben, eher eine politische Idee darstellt, eine gewisse „Theorieferne“ (Große-Hüttmann/Fischer 2006: 54) vorwerfen kann, schränkte seine Einflussmacht innerhalb der theoretischen Ansätze noch zusätzlich ein.

1.2 Transaktionalismus

Wenig Prominenz erlangte auch ein anderer Ansatz der theoriegeschichtlichen Frühphase, der der Öffentlichkeit „a surprisingly prominent role“ (Sinnott 1998: 14) innerhalb des Integrationsprozesses einräumte: der von Karl Deutsch geprägte kommunikations- und systemtheoretisch fundierte Transaktionalismus. Schon in Deutschs Definition von Integration kommt zum Ausdruck, dass er darin eher einen sozialen als einen politischen Prozess sah. So definierte er Integration als „the attainment, within a territory, of a ‚sense of community‘ and of institutions and practices strong enough and widespread enough to assure, for a ‚long‘ time, dependable expectations of ‚peaceful change‘ among its populations“ (Deutsch 1957: 5). In seinen weiteren Ausführungen knüpfte Deutsch die erfolgreiche Umsetzung von Integration an das Vorhandensein eines „we-feeling“ (Deutsch 1957: 36) in der Bevölkerung sowie an transnationale Austauschverhältnisse und ein dichtes Kommunikationsnetz. Nach Deutsch kann die Integrationsintensität anhand der Dichte von Transaktionen gemessen werden. Er unternahm den Versuch einer zahlenmäßigen Bestimmung dieser Austauschverhältnisse und Interdependenzbeziehungen und legte Transaktionsmessungen zu grenzüberschreitenden Handelsbeziehungen, Warenaustausch, Briefverkehr, Berufsmobilität oder Tourismus vor, die

⁶ Zum Neofunktionalismus vgl. Abschnitt 1.3.

in so genannten „transactional maps“ graphisch dargestellt wurden (Deutsch 1964). Zudem griff er in seinen Studien nicht nur auf Interviews mit politischen Eliten zurück, sondern berücksichtigte auch Bevölkerungsumfragen und erste Medieninhaltsanalysen.

Insgesamt war Deutsch deutlich skeptischer als VertreterInnen von Föderalismus und Funktionalismus, was den zwangsläufigen Fortschritt des Integrationsprozesses anging. Obwohl der Transaktionalismus – im Gegensatz zu funktionalistischen Ansätzen – nicht nur die Integration, sondern auch die Desintegration, welche in den 1960er-Jahren um sich zu greifen begann, analytisch in den Blick nahm, konnte er in der Frühphase der europäischen Integrationstheorie nur wenig Wirkungsmacht entfalten. Kritisiert wurde Deutsch zum einen, weil er quantitativen Austauschbeziehungen im Prozess der Integration immenses Gewicht beimaß und dabei internationale Einflussfaktoren und die Entscheidungsmacht souveräner Nationalstaaten stark vernachlässigte; zum anderen musste er später auch statistische Fehler in seinen Analysen einräumen (Chadwick/Deutsch 1973). Zudem wurde seit Deutschs Messungen vielfach darauf hingewiesen, dass eine quantitative Erfassung von Transaktionen noch kein sicherer Indikator für die Existenz regionaler Integration sei. So war beispielsweise die Transaktionsrate zwischen Deutschland und der Schweiz oder Österreich schon vor dem Beitritt Österreichs höher als die zwischen einigen EG-Mitgliedern (Giering 1997: 57). Erst in den 1980er-Jahren griff der Supranationalismus wieder auf Deutschs Konzept des gesellschaftlich verankerten Transaktionalismus zurück.⁷

1.3 Neofunktionalismus

Zum dominierenden Paradigma entwickelte sich in den 1950er- und frühen 1960er-Jahren der Neofunktionalismus von Ernst B. Haas. Sein Hauptwerk „The Uniting of Europe“ (Haas 1968) gehört zu den bis heute am häufigsten zitierten Werken der Integrationstheorie und wurde zu einem wichtigen Bezugspunkt sowohl für AnhängerInnen als auch für KritikerInnen des Neofunktionalismus (Wolf 2006: 65). Haas orientierte sich an Mitransys Funktionalismus, nahm jedoch etliche Modifizierungen vor. So verortete er den Prozess der Integration nicht mehr ausschließlich auf globaler Ebene, sondern untersuchte ihn regional, zunächst am Beispiel Westeuropas, später dann auch an Beispielen Lateinamerikas, Afrikas und Asiens. Er verfolgte keine normativ-präskriptive Herangehensweise wie der klassische Funktionalismus, sondern einen empirisch-analytischen Ansatz⁸ mit dem Ziel, die Antriebskräfte europäischer Integration herauszuarbeiten.

Als zentrales Element seiner Theorie griff Haas auf Mitransys „doctrine of ramification“ (zit. nach Wolf 2012: 55) zurück, wonach Kooperation in einem Sachbereich sich durch Sachzwänge auf thematisch angrenzende Felder ausweitet. Haas buchstabierte dieses zwangsläufige, ja quasi-automatische „Überschwappen“ der Integration von einem Bereich auf einen anderen in seinem *spillover*-Konzept aus, das er als Motor der Integration sah. Leon Lindberg (1963: 10), ebenfalls Anhänger der neofunktionalistischen Schule, definierte *spillover*-Prozesse ganz allgemein so:

⁷ Vgl. Abschnitt 2.1.

⁸ Nichtsdestotrotz basieren Haas' Analysen implizit auf seiner normativen Überzeugung, dass Integration an sich etwas Erstrebenswertes ist (Wolf 2006: 74).

„In its most general formulation ‚spillover‘ refers to a situation in which a given action, related to a specific goal, creates a situation in which the original goal can be assured only by taking further actions, which in turn create a further condition and a need for more action, and so forth.”

Eine Vergemeinschaftung technisch-unpolitischer Bereiche mit Hilfe supranationaler Institutionen bleibt – laut Haas – nicht auf den ursprünglichen Bereich der Zusammenarbeit beschränkt, sondern „besitzt eine inhärent expansive Logik“ (Wolf 2006: 72).⁹ Nationalstaaten sind nach funktionalistischen Überlegungen bereit, die Kompetenz- und Souveränitätsübertragungen aus Interesse an einer funktional leistungsfähigen Politik zu akzeptieren. Im Gegensatz zum klassischen Funktionalismus sieht der Neofunktionalismus nicht nur technisch-funktionale Zwänge zur weiteren Integration als Antriebskraft von *spillover*-Prozessen (*functional spillover*), sondern auch politisch intendierte Maßnahmen. Integrationsvertiefungen können also auch von politischen Eliten der Nationalstaaten ausgelöst werden (*political spillover*), ebenso können supranationale Institutionen als Integrationsmotor fungieren (*cultivated spillover*) (Schmitter 1969). Geschuldet ist diese Abwendung vom ausschließlich technischen *spillover*-Konzept der Tatsache, dass die 1965/66 durch Charles de Gaulles „Politik des leeren Stuhls“ und durch seine Vetohaltung zum Beitritt Großbritanniens ausgelöste Stagnation funktionalistische Ansätze in Erklärungsnot brachte, denn ein Anhalten oder gar Zurückdrehen der Integration war damit nicht erklärbar. „De Gaulle has proved us wrong“, folgerte Haas (1966: 327) dann auch konsequenterweise. Die originären Schwierigkeiten des Neofunktionalismus, Phasen des Stillstands im Integrationsprozess zu erklären, werden in der Folge – wie noch zu zeigen sein wird – von anderen IntegrationstheoretikerInnen v. a. aus dem intergouvernementalistischen Lager stark kritisiert.¹⁰

Dass Haas die Rolle supranationaler Institutionen stark betont, unterscheidet ihn vom klassischen Funktionalismus. Wenngleich die Integration bei Haas insgesamt politischer und nicht mehr nur technisch-funktional wie bei Mitrany abläuft, bleibt doch auch im Neofunktionalismus die Analyseperspektive elitenzentriert. Haas (1968: 16) nimmt folgende, viel zitierte Definition von Integration vor: „[Integration is] the process whereby political actors in several distinct national settings are persuaded to shift their loyalties, expectations and political activities toward a new centre, whose institutions possess or demand jurisdiction over the pre-existing national states.“ Auf den ersten Blick scheint diese Definition weitreichend und neben politischen auch soziale Prozesse zu umfassen. Haas (1968: 17) stellte jedoch unmissverständlich klar, dass er unter „political actors“ mitnichten die Gesamtheit aller politisch beteiligten Akteure, also beispielsweise auch politisch aktive BürgerInnen, sondern nichts Anderes als politische Eliten verstand:

„It is as impracticable as it is unnecessary to have recourse to general public opinion surveys, or even to surveys of specifically interested groups. [...] It suffices to single out and define the political elites in the participating countries, to study their reactions to integration and to assess changes in attitude on their part.“

In der weiteren Entwicklung der Integrationstheorie revidieren die VertreterInnen des Neofunktionalismus genau diese Missachtung von Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung im Integrationsprozess. Haas selbst distanzierte sich schon Anfang der 1970er-Jahre davon und

⁹ Als klassisches Beispiel für den inkrementellen Sog von *spillover*-Prozessen gilt die Vergemeinschaftung der Kohle- und Stahlindustrie im Rahmen der EGKS, die sachlogisch z. B. zu einer Angleichung der LKW-Achslasten oder der Spurbreiten von Eisenbahnen innerhalb der beteiligten Staaten, mithin zu einem Überschwappen der Integration auf verkehrspolitische Bereiche führte.

¹⁰ Vgl. Abschnitt 1.4.

räumte fortan „*elite and mass perceptions*“ (Haas zit. nach Sinnott 1998: 19, Hervorh. im Original) größere Wichtigkeit ein. Mitte der 1970er-Jahre verabschiedete er sich allerdings gänzlich vom Konzept der regionalen Integration und konstatierte – enttäuscht von der realen Entwicklung der europäischen Integration – „*the obsolescence of regional integration theory*“ (Haas 1975).

Der „Neofunktionalismus der zweiten Generation“ (Faber 2005: 60), vertreten durch Leon Lindberg, Stuart Scheingold, Ronald Inglehart, Philippe Schmitter oder Joseph Nye, brachte zum einen das Konzept des *spill-back* ins Spiel, mit dessen Hilfe man den in der Integrationswirklichkeit vorhandenen *stop-and-go*-Prozess zu fassen versuchte (Wolf 2006: 79); zum anderen rückte die Unterstützung des Gemeinschaftssystems durch die Bevölkerung stärker in den Fokus: Lindberg und Scheingold (1970: 38-39) integrierten in ihre Analyse von „*Europe's would-be polity*“ nun auch „*the dimension of support*“ und „*the Community's sociopolitical context*“. Theoretische Inspiration erhielten sie vor allem durch die Arbeiten von David Easton, der für die Bestandsfähigkeit eines politischen Systems bekanntermaßen einen gewissen Grad an Unterstützung als unabdingbar ansah (Easton 1965a; Easton 1965b). Lindberg und Scheingold (1970: 39) spannten eine „*matrix of support*“ auf, in der sie zwischen Arten der Unterstützung und Objekten, auf die sich die Unterstützung richtet, unterschieden. „*Identitive support*“ bezieht sich demnach auf horizontale Verbindungen innerhalb der Bevölkerung eines Systems, „*systemic support*“ auf vertikale Verbindungen der Bevölkerung mit dem System selbst. Die beiden Kategorien des „*identitive*“ und des „*systemic support*“ wurden von Lindberg und Scheingold (1970: 40) dann jeweils mit einer affektiven und einer utilitaristischen Ebene in Bezug gesetzt:

„The second pair, utilitarian and affective, permits distinction between support based on some perceived and relatively concrete interests (utilitarian) and support which seems to indicate a diffuse and perhaps emotional response to some of the vague ideals embodied in the notion of European unity (affective).“¹¹

Durch Auswertung von Indikatoren aus der Meinungsforschung stellten Lindberg und Scheingold fest, dass seit den Anfängen der europäischen Integration im Bereich des „*systemic support*“ ein „*permissive consensus*“¹² entstanden sei, eine Art duldende, passive Zustimmung der Bevölkerung zum Voranschreiten der westeuropäischen Integration:

„[...] The available data indicated that there existed in the Community countries a ‘permissive consensus’ among the general public and elite groups as far as the legitimacy of the Community and its institutions was concerned. [...] Within the parameter of this consensus national and Community decision-makers can expect to operate relatively freely without encountering significant opposition. Support of this kind is an important resource for any political system, and especially so for the Community. It provides relative assurance that the goals of the Community are widely shared and that normal operations of the Community system will be accepted as authoritative and legitimate“ (Lindberg/Scheingold 1970: 121).

Das „duldende Einverständnis“ der Bevölkerung umfasst zwei Aspekte: zum einen eine integrationsbefürwortende, wenn auch nicht unbedingt aktiv die Integration fordernde Grundhaltung der breiten Bevölkerung, zum anderen eine relativ große Unkenntnis konkreter Inhalte

¹¹ Auch hier ist der Einfluss Eastons zu erkennen, denn der „*utilitarian support*“ gleicht Eastons Konzept der spezifischen Unterstützung, der „*systemic support*“ kommt der diffusen Unterstützung des Systemtheoretikers sehr nahe.

¹² Die Autoren verwiesen darauf, dass sie sich beim *permissive consensus* an Valdimir Key orientierten, der den Begriff 1961 erstmals verwendet hatte, um die Unterstützung der amerikanischen Außenpolitik durch die Bevölkerung zu beschreiben (Lindberg/Scheingold 1970: 41; Key 1961: 32).

des Integrationsprojektes (Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004: 207). Im Vergleich zu innenpolitischen Aspekten wie beispielsweise ökonomischen Verteilungsfragen, Aspekten der Gesundheitsversorgung oder der Bildungspolitik rangiert die Europapolitik in der Wahrnehmung der Bevölkerung etliche Bedeutungsstufen tiefer. Vor diesem Hintergrund konnte die politische Elite auf nationaler und supranationaler Ebene den Prozess der Integration weitgehend ungehindert vorantreiben. Inglehart (1970: 73), „the most central of the ‚new neo-functionalists‘“ (Hewstone 1986: 12), fasste dies folgendermaßen zusammen: „There was a favorable prevailing attitude towards the subject, but it was generally of low salience as a political issue – leaving national decision-makers free to take steps favorable to integration if they wished but also leaving them a wide liberty of choice.“

Der „neue Neofunktionalismus“ berücksichtigte die öffentliche Meinung also als „erlaubende Bedingung gelingender Integration“ (Conzelmann 2006: 154). Die systemische Unterstützung durch die Bevölkerung stellte für Lindberg und Scheingold (1970:121) allerdings lediglich eine passive Grundbedingung für die Weiterentwicklung des Integrationssystems dar, die erst von den „activators“ (nationale politische Eliten oder supranationale Institutionen) entsprechend aktiviert werden müsse, um potenziell integrationsfördernd wirken zu können. Was die zukünftige Entwicklung anging, warnten die Autoren schon damals ausdrücklich, dass der von den Anfängen der Integration bis Ende der 1960er-Jahre nachgewiesene *permissive consensus* unter Umständen erodieren könnte, wenn Themen der Integration stärker ins Bewusstsein der breiteren Bevölkerung rücken und an Salienz gewinnen würden:

„Integrative activities might become more salient. [...] The enhanced salience would be more likely to manifest itself in spillback situations. [...] Only if the Community were to broaden its scope or increase its institutional capacities markedly, would there be reason to suspect that the level of support or its relationship to the political process would be significantly altered“ (Lindberg/Scheingold 1970: 277).

Inglehart (1970: 786) prognostizierte dagegen wesentlich optimistischer, dass sich die bis dato passive Haltung der Bevölkerung zu einem aktiveren Einflussfaktor wandeln und dass sich dies vermutlich positiv auf die Integration auswirken werde: „There are indications of a long term trend toward an increasingly active role for public opinion in Western Europe, and there is reason to believe that this more active public is relatively favorable to European integration.“

Als Zwischenfazit lässt sich festhalten, dass der Neo-Neofunktionalismus wesentlich offener gegenüber einer Berücksichtigung der öffentlichen Meinung in der Integrationstheorie eingestellt ist als der ursprüngliche Ansatz von Haas. Zwar wird die Öffentlichkeit nicht als wirkungsmächtiger Impulsgeber und „activator“ der Integration betrachtet, Bevölkerungseinstellungen werden jedoch systematisch in die Analyse integriert. Besonders deutlich bringen die Forschungsarbeiten von Philippe Schmitter diese revisionistische Entwicklung in der (neo-)neofunktionalistischen Denkschule zum Ausdruck: Schon zu Beginn der 1970er-Jahre berücksichtigte er in seinen Analysen Daten aus Meinungsumfragen (Schmitter 1971), und in einer seiner jüngeren Einlassungen betonte er: „The intrusion of public opinion into the process of European integration is a fact – probably an irreversible one. All future theorizing will have to acknowledge that the citizens of the European Union have become increasingly sensitive to its distribution of costs and benefits and to its connection with their multiple collective identities“ (Schmitter 2009: 215). Obwohl Schmitter (2009: 211) sich selbst als „card-carrying neo-functionalists“ bezeichnet, sind bürger- und legitimitätsbezogene Arbeiten zentrale Elemente seines Forschungsprogramms (vgl. beispielsweise Schmitter 2002; Schmitter 2003;

Trechsel/Schmitter 2004). Sinnott (1998: 20-23) stellte zu Schmitter und den übrigen „revisionist intentions“ des Neofunktionalismus zusammenfassend fest: „It is clear [...] that this major restatement of neo-functionalism explicitly assigns a substantial role to public opinion. [...] It is abundantly clear that the revised versions accord a role to public opinion which is far removed from the exclusive emphasis on élites in the original theory.“ Dass sich diese Umorientierung des Neofunktionalismus nicht zugleich in der Theoriedebatte der unmittelbaren Folgezeit niederschlagen konnte, liegt daran, dass die Periode von Mitte der 1970er- bis Mitte der 1980er-Jahre als das „dunkle Zeitalter“ sowohl der europäischen Integration als auch der Integrationstheorien gilt (Conzelmann 2006: 162). Die integrationsgeschichtliche Stagnationsphase der Eurosklrose spiegelt sich auch in der Integrationstheorie und der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der europäischen Integration als Phase des Stillstands wider. Eine *grand theory* à la Haas schien zur damaligen Zeit weder möglich noch nötig. In dieser „doldrums era“ (Carpuraso/Keeler 1995: 30) ging die Zahl theoretisch angeleiteter Analysen zur EG deutlich zurück. Dies änderte sich erst, als mit dem Weißbuch zum EG-Binnenmarkt und der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) der Integrationsprozess neu in Schwung geriet und infolgedessen – mit kurzer zeitlicher Verzögerung – Ende der 1980er-Jahre auch die Integrationstheorie wieder aus ihrem vorherigen „Dornröschen-Schlaf“ (Bieling/Lerch 2006b: 27) erwachte.¹³

1.4 Intergouvernementalismus

Neben den revisionistischen Ansätzen der „neuen Neo-FunktionalistInnen“, die zu den eben beschriebenen theorieinternen Ausdifferenzierungen führten, rief der Neofunktionalismus auch theorieexterne KritikerInnen, allen voran die VertreterInnen des Intergouvernementalismus, auf den Plan.¹⁴ Wie bereits dargelegt, brachte vor allem de Gaulles obstruktives Handeln in den 1960er-Jahren den Neofunktionalismus in Erklärungsnot: Der faktische Zwang zur Einstimmigkeit durch den Luxemburger Kompromiss in Folge der französischen „Politik des leeren Stuhls“ (1965/66), die damit einhergehende Schwächung der Europäischen Kommission und des supranationalen Prinzips sowie de Gaulles Vetohaltung gegen den Beitritt Großbritanniens zur EWG hemmten den Integrationsprozess (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 26-27). Da der Neofunktionalismus auf inkrementelle Fortschritte der Integration fokussiert war, standen seine VertreterInnen der Stagnationsphase mehr oder weniger ratlos gegenüber. An diesem Punkt setzte nun Stanley Hoffmann (1966) an, einer der zentralen Theoretiker des Intergouvernementalismus. Der Intergouvernementalismus¹⁵ basiert auf der realistischen Schule der Internationalen Beziehungen, welche den souveränen Nationalstaat als zentralen Akteur des von Anarchie (im Sinne der Abwesenheit einer zentralen Autorität) geprägten internationalen Systems betrachtet. In einer Phase, in der nationale Interessen in der europäischen Integration an Bedeutung gewannen, traf der Intergouvernementalismus den Nerv der Zeit (Bieling 2006: 91).

„Gone are the days when the champions and the theorists of European integration either called for or predicted the gradual transfer of powers from the nation-state to a new European entity,

¹³ Vgl. zu den neueren integrationstheoretischen Entwicklungen und Ansätzen Abschnitt 2.

¹⁴ Zu den theorieexternen KritikerInnen zählen auch marxistische und neo-marxistische Ansätze, die Ende der 1960er- und Anfang 1970er-Jahre begannen, den Neofunktionalismus und die anderen gängigen Integrationsstheorien in Frage zu stellen. Vgl. dazu Abschnitt 2.5.

¹⁵ Die Neofunktionalisten Lindberg und Scheingold präferieren die Bezeichnung „Schule der Skeptiker“. Vgl. Lindberg/Scheingold 1970: 260.

either through a voluntary abdication of sovereignty, or through the subtle interplay of functional processes and economic interdependences. [...] The nation state has survived as the centre of political power and the focus of the citizens' allegiance; nationality remains the basis of citizenship, the main countervailing force that resists all the dissolvents of community" (Hoffmann 1983: 21).

Hoffmann kritisierte vor allem drei Aspekte des Neofunktionalismus: Zum einen müsse die europäische Integration im globalen Kontext betrachtet werden. Regionale Integration stelle nur einen Teilaspekt des internationalen Systems dar und dürfe nicht abgekoppelt vom globalen Kontext nur in ihrer Eigendynamik untersucht werden, wie dies der Neofunktionalismus tue. Zum zweiten stellten die nationalen Regierungen die zentralen Akteure des Integrationsprozesses dar. Sie hätten, geleitet vom nationalen Interesse, die alleinige Kontrolle über Modus und Geschwindigkeit der Integration, die folglich nicht entpolitisiert und rein funktional ablaufe. Ein Automatismus im Integrationsverlauf sei nicht zu erwarten. Integrationsfortschritte basierten weniger auf *spillover*-Prozessen, sondern würden vielmehr von bewusst getroffenen Entscheidungen souveräner nationaler Regierungen angestoßen. Zum dritten sei Integration allenfalls im Bereich der „low politics“, d. h. vor allem in der ökonomischen Sphäre, möglich, während die „high politics“ wie zum Beispiel die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufgrund nationaler Souveränitätsvorbehalte der Integration verschlossen blieben. Die Integration sei kein Selbstzweck, sondern habe rein instrumentellen Charakter mit dem Ziel die nationalstaatliche Stärke und Souveränität zu erhalten. War der (Neo-)Funktionalismus zu Beginn der europäischen Integration in bewusster Ablehnung der realistischen Schule der Internationalen Beziehungen etabliert worden, so konnte diese im Stagnationsprozess der 1960er- und 1970er-Jahre im Gewand des Intergouvernementalismus nun also argumentativ kontern.

Ausgehend von der Annahme, dass der Intergouvernementalismus der realistischen Schule entspringt, wäre es naheliegend, wenn auch die Vorstellung der Staaten als *black boxes* übernommen worden wäre. Hiernach wäre das Innenleben von Staaten, also die innere Verfasstheit und innenpolitische Aspekte, in der wissenschaftlichen Analyse nicht von Relevanz für deren Außenhandeln. Somit wären auch die nationalen Öffentlichkeiten und die öffentliche Meinung in der Theorie des Intergouvernementalismus völlig außen vor. Bei genauerer Durchsicht von Hoffmanns Arbeiten, fällt jedoch auf, dass er sich in mancherlei Hinsicht explizit vom klassischen Realismus nach Hans Morgenthau und dem Neo-Realismus nach Kenneth Waltz abgrenzt (Bieling 2006: 95). Gerade was die innenpolitische Dimension angeht, positioniert Hoffmann den Intergouvernementalismus konträr zu den Annahmen der realistischen Schule, wenn er betont, dass nicht nur die internationalen, sondern auch die gesellschaftlichen und innenpolitischen Rahmenbedingungen bei der Analyse von Belang seien. Bieling (2006: 92) hält folglich völlig zu Recht fest, dass man dem Intergouvernementalismus einen Tottun würde, sähe man ihn nur als „integrationstheoretischen Ableger der realistischen Schule in den Internationalen Beziehungen“. Was die Berücksichtigung der öffentlichen Dimension im Integrationsprozess betrifft, wäre eine Etikettierung des Intergouvernementalismus als „realistisch“ geradezu fehlleitend: „Re-reading Hoffmann from the perspective of what integration theory has to say about public opinion is instructive. Much of the emphasis is on the activities and importance of the political élites, yet the argument frequently refers to the popular basis of élite action and to ‚national consciousness‘” (Sinnott 1998: 17). Hoffmann öffnete in seiner Theorie des Intergouvernementalismus' also die *black box* der realistischen Schule. Er tat dies allerdings nur in Ansätzen und konzentrierte sich (seinen Wurzeln in der Theorie der Internationalen Beziehungen entsprechend) inhaltlich mehr

auf die internationalen als auf die innenpolitischen Kontextbedingungen europäischer Integration. Erst der liberale Intergouvernementalismus von Andrew Moravcsik nimmt eine liberale *bottom up*-Perspektive ein und differenziert die Rolle innenpolitischer Verhältnisse und gesellschaftlicher Akteure für den Integrationsprozess genauer aus.

2 Neuere integrationstheoretische Entwicklungen und Ansätze

2.1 Renaissance und Modifikationen: Liberaler Intergouvernementalismus vs. Supranationalismus

Nach dem bereits beschriebenen „dunklen Zeitalter“ der Integration und der Integrationstheorien blühen seit dem Integrationsschub der 1980er-Jahre auch in der Theorie wieder neue Ansätze auf. Die Renaissance der integrationstheoretischen Debatte ist weiterhin vom Antagonismus zweier großer Strömungen geprägt, dem Liberalen Intergouvernementalismus und dem Supranationalismus, die auf die klassische Dichotomie von Intergouvernementalismus und Neofunktionalismus zurückgehen.

Besonders den Arbeiten von Andrew Moravcsik, Referenztheoretiker des Liberalen Intergouvernementalismus, ist es zu verdanken, dass im Anschluss an die EEA die Debatte wieder aus dem „integrationstheoretischen Jammertal“ (Häckel 1979: 86) kam. Auf Basis eines bewusst sparsamen und dadurch auch leicht angreifbaren Theoriedesigns etablierte Moravcsik ein dreistufiges Konzept zur Analyse europäischer Integration (hierzu und zum Folgenden Moravcsik 1993; Moravcsik 1997; Moravcsik 1998; Steinhilber 2006): Die großen Reformschritte lassen sich demnach immer aufgliedern in, erstens, nationale Präferenzbildung, zweitens, zwischenstaatliche Verhandlungen sowie, drittens, die Einbeziehung europäischer Institutionen. Moravcsik übernahm somit einerseits die Prämissen des traditionellen Intergouvernementalismus, wonach souveräne Staaten die zentralen Akteure sind. Andererseits verknüpfte er diese Annahmen aber mit einer liberalen Perspektive, wonach die Präferenzen der beteiligten Staaten sich nicht aus ihrer relativen Machtposition im internationalen System ableiten, sondern aus dem innerstaatlichen Widerstreit gesellschaftlicher Gruppen resultieren. Erst nach der innerstaatlichen Präferenzbildung beginnt der zwischenstaatliche *bargaining*-Prozess auf europäischer Ebene.

„Thus liberal intergovernmentalism integrates within a single framework two types of general international relations theory often seen as contradictory: a liberal theory of national preference formation and an intergovernmentalist analysis of interstate bargaining and institutional creation“ (Moravcsik 1993: 482).

Moravcsik stützte sich bei der Etablierung seines Modells auf Robert Putnams Metapher vom „two level game“ (Putnam 1988), wonach Regierungen bei internationalen Verhandlungen „an zwei Tischen spielen“: zum einen auf internationaler Ebene mit den Delegationen anderer Staaten, zum anderen auf innerstaatlicher Ebene, wo ein Wiederwahlinteresse besteht, mit innenpolitischen Interessengruppen und Akteuren.¹⁶ Mit Blick auf den Stellenwert öffentlicher Meinung in den Integrationstheorien kommt Moravcsik also das Verdienst zu, die Vorstellung von Staaten als monolithischen Blöcken mit fixen Präferenzen, „Billardkugeln“ oder

¹⁶ Im Unterschied zu Putnam findet das Spiel auf zwei Ebenen bei Moravcsik nicht zur gleichen Zeit statt. Der innerstaatliche Präferenzbildungsprozess geht hier dem zwischenstaatlichen Bargaining voraus.

black boxes, aufgegeben und die gesellschaftliche Sphäre dezidiert in die Analyse integriert zu haben.

„Following liberal theories of international relations, which focus on state-society relations, the foreign policy goals of national governments are viewed in response to shifting pressure from domestic social groups, whose preferences are aggregated through political institutions. National interests are, therefore, neither invariant nor unimportant, but emerge through domestic political conflict as societal groups compete for political influence, national or transnational coalitions form, and new policy alternatives are recognized by governments. An understanding of domestic politics is precondition, not a supplement to the analysis of the strategic interaction among states” (Moravcsik 1993: 481).

Wenngleich Moravcsik innerstaatliche, gesellschaftliche Prozesse folglich als unerlässliche Voraussetzung für eine zielführende Analyse der europäischen Integration ansieht, so ist doch auch festzuhalten, dass dem liberalen Intergouvernementalismus ein recht eingeschränktes Verständnis von Öffentlichkeit und Gesellschaft zugrunde liegt: Innerstaatliche Gruppen sind in Moravcsiks Analysemodell nur dann einflussreich, wenn sie es verstehen, Regierungen gut organisiert via Lobbying zu beeinflussen. „Gesellschaft erscheint in einer korporatistisch verengten Sichtweise, die nur institutionalisierte Interessen kennt. Diffuse Interessenlagen, nichtorganisierte gesellschaftliche Meinungen und die Öffentlichkeit werden weitestgehend ausgeblendet“ (Neyer 2007: 383). Interessen von BürgerInnen finden in diesem theoretischen Rahmen folglich nur insoweit Berücksichtigung, wie sie über den Weg der jeweiligen nationalen Regierung Einfluss auf die europäische Integration nehmen können. Sie treten nur vermittelt über die Regierung zutage. Eine direkte Verbindung oder Rückkopplung zwischen gesellschaftlicher und europäischer Ebene ist im Liberalen Intergouvernementalismus nicht vorgesehen.

Genau hierin liegt einer der Unterschiede zwischen Moravcsiks Ansatz und dem ebenfalls in den neunziger Jahren in strikter Abgrenzung zum Liberalen Intergouvernementalismus etablierten Supranationalismus.¹⁷ Alec Stone Sweet und Wayne Sandholtz begründeten den Supranationalismus in der Tradition und als modifizierte und aktualisierte Form des Neofunktionalismus (Stone Sweet/Sandholtz 1997: 297-317). Ihr Ausgangspunkt war die Frage, wie der neue Integrationsschwung der 1980er-Jahre zu erklären sei. Moravcsik sah die konvergierenden Präferenzen der großen Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien als auslösendes Moment an und sprach der Kommission oder transnational agierenden Interessengruppen in diesem Zusammenhang keine originäre und nennenswerte Rolle zu. Nach Moravcsik (1998: 18) haben europäische Institutionen eine wichtige, aber lediglich dienende Funktion. Ihre Rolle besteht demnach „in bolstering the credibility of interstate commitments.“ Die VertreterInnen des Supranationalismus betonten dagegen, dass das Binnenmarktprogramm besonders den Akteursinteressen der Kommission im Zusammenspiel mit transnationalen, vor allem wirtschaftlichen Interessengruppen geschuldet sei (Nölke 2006: 160). Letztere spielen eine zentrale Rolle im Supranationalismus: In Anlehnung an Deutsches Transaktionalismus¹⁸ ist laut Stone Sweet und Sandholtz dann eine sektorale Integration zu erwarten, wenn transnationale Interessengruppen („non-state actors“), die in einem bestimmten Bereich Austauschverhältnisse pflegen, einen Bedarf an europäischen Regeln, Standards oder Problemlösungsmechanismen sehen. Da die Abwesenheit europäischer Regelungen hohe Transaktionskosten verursacht, entsteht zum Beispiel der Wunsch nach dem Abbau

¹⁷ Bisweilen findet der Supranationalismus nach Sandholtz und Stone Sweet auch als „Transaktionstheorie“ Eingang in die Literatur (Faber 2005: 206).

¹⁸ Vgl. Abschnitt 1.2 in diesem Beitrag.

von Handelshemmnissen wie Zöllen, Grenzkontrollen oder unterschiedlichen technischen Standards (Nölke 2006: 153). Das Bedürfnis nach europäischen Regelungen wird von den jeweiligen „pressure groups“ direkt an supranationale Institutionen wie die Kommission herangetragen, die sich wiederum bemüht, die Nachfrage nach Integration durch entsprechende Regelungsinitiativen zu befriedigen.¹⁹

Transnational interagierende gesellschaftliche Gruppen können in der Theorie des Supranationalismus also direkt und unvermittelt auf den Integrationsprozess wirken und zwar – ganz im Sinne dieses integrationsoptimistischen Ansatzes – als Integrationsmotor. Man muss allerdings festhalten, dass es sich bei den transnationalen Interessengruppen nicht um Massenbewegungen, sondern eher um ökonomische Eliten transnational agierender Unternehmen handelt. Dass Sandholtz und Stone Sweet aber einer breiter als bei Moravcsik gefassten Öffentlichkeit eine zentrale Rolle in ihrer Theorie einräumen, ist daran zu erkennen, dass in ihrem einschlägigen Sammelband „European Integration and Supranational Governance“ (Sandholtz/Stone Sweet 1998) ein Kapitel vollständig dem Themenkomplex „Citizen Support for Policy Integration“ gewidmet ist. Im Vergleich zum Liberalen Intergouvernementalismus hat der Supranationalismus den Vorteil, dass er nicht nur die „grand bargains“ der Integration, also im Wesentlichen die großen in intergouvernementalen Regierungskonferenzen verhandelten Vertragsrevisionen, erklären kann, sondern auf den inkrementellen Integrationsprozess sowie dessen gesamten Ablauf abzielt und somit auch die „Täler“ der Integration, d. h. die Perioden zwischen den „Gipfeln“ der Regierungskonferenzen, ins analytische Visier nimmt.

Betrachtet man die beiden Modifizierungen der klassischen Ansätze, fällt auf, dass sich sowohl der Liberale Intergouvernementalismus als auch der Supranationalismus wie ihre jeweiligen Vorgänger nach wie vor mit den Ursachen und Antriebskräften, also mit der Frage nach dem „Warum“ der europäischen Integration beschäftigen. Während Moravcsik in den souveränen Staaten, die die Präferenzen der in ihnen organisierten Gruppen nach außen vermitteln, die Triebkräfte sieht, stellen für Sandholtz und Stone Sweet transnational agierende gesellschaftliche Gruppen im Zusammenspiel mit supranationalen europäischen Institutionen die zentralen Faktoren dar, um die Dynamik des Integrationsprozesses zu erklären. Mit Vorranschreiten des Integrationsprozesses erfolgte in jüngerer Zeit ein „Perspektivenwechsel“ (Bieling/Lerch 2006b: 26): Stand bisher die auf einen dynamischen Prozess bezogene Frage nach dem „Warum“ der Integration im Vordergrund, so wird nun vor allem die Frage nach dem „Wie“ betrachtet, die eher statischen Charakter hat. Die EU wird als ein politisches System – entweder im Vergleich mit anderen nationalen Systemen oder als System sui generis – betrachtet, dessen Funktionsweise es zu erklären gilt. Während frühere IntegrationstheoretikerInnen auf originäre Theorien der Internationalen Beziehungen wie die realistische Schule zurückgriffen und diese modifizierten, nehmen jüngere Ansätze auf Grund des Perspektivenwechsels nun vermehrt Anleihen bei der vergleichenden Regierungslehre oder im Speziellen der Politikfeldanalyse. Das Spektrum dieser neueren Ansätze im Rahmen des geschilderten Perspektivwechsels ist sehr vielfältig und teilweise unübersichtlich. Am ehesten lässt es sich

¹⁹ Als aktuelleres Beispiel kann man das Drängen europaweit tätiger Unternehmen auf einen einheitlichen europäischen Zahlungsraum (*single European payment area*, SEPA) anführen. Die mit der Einführung bis zu 31-stelliger Kontonummern verbundene Harmonisierung der Zahlungsverkehrs in Europa wurde und wird auf politischer und BürgerInnenebene als Bürokratiewahn empfunden, liegt aber im Interesse europaweit agierender Unternehmen, die mit einheitlichen Regeln ihr bisher kostenintensives und national jeweils unterschiedliches *Cash Management*-System vereinfachen könnten. Vgl. Offensive der Bundesregierung gegen SEPA und IBAN, in: euractiv.com, 12.05.2011.

mit der Kategorisierung von Neo-Institutionalismus und Governance-Ansätzen auf einen Nenner bringen.

2.2 Neo-Institutionalismus und Governance-Ansätze

Gemeinsam ist dieser Kategorie von Ansätzen, dass sie die EU nicht vorrangig als intergouvernementales Regime souveräner Staaten, sondern als Polity betrachten, als politisches System, welches in ähnlicher Weise wie nationale politische Systeme auf seine Prozesse, Funktionen und Charakteristika hin analysiert werden kann.²⁰ Im Vordergrund der Analyse stehen nun, wie eben beschrieben, nicht mehr der Entstehungsprozess der europäischen Integration, sondern das institutionelle Design und Entscheidungsprozesse innerhalb der neuen Entität EU, die als Mehrebenensystem („Multi-Level Governance“) konzeptualisiert wird. Die Ansätze stehen vor allem in Konkurrenz zum klassischen und Liberalen Intergouvernementalismus und der Staatszentriertheit dieser Ansätze. „Individual state sovereignty is diluted in the EU by collective decision-making among national governments and by the autonomous role of the European Parliament, the European Commission, and the European Court of Justice.“ (Marks/Hooghe/Blank 1996: 341) Wichtig in unserem Zusammenhang ist, dass die Mehrebenenperspektive prinzipiell eine große Offenheit gegenüber nicht-staatlichen und öffentlichen Akteuren zeigt.

Neo-institutionalistische Ansätze basieren auf dem Credo: „Institutions matter!“ Im Gegensatz zum klassischen Institutionalismus hat der Neo-Institutionalismus ein breiteres Verständnis von Institutionen, das neben formalen Institutionen auch informelle Institutionen wie verhaltensleitende Regeln, Normen oder Routineverfahren inkludiert (March/Olsen 1984).²¹ Man unterscheidet der Klassifizierung von Peter Hall und Rosemary Taylor (1996) folgend drei neo-institutionalistische Ausformungen: den *rational choice*-Institutionalismus, den historischen Institutionalismus und den soziologischen Institutionalismus. Dass der „institutionalist turn“ (Aspinwall/Schneider 2000) der Integrationstheorie auf der vergleichenden Regierungslehre fußt, ist zum Beispiel an der Verwendung des Begriffs „Politikverflechtungsfälle“ gut zu erkennen: Fritz Scharpf übertrug Mitte der achtziger Jahre diese Metapher aus der nationalstaatlichen Föderalismusforschung auf das europäische Mehrebenensystem (Scharpf 1985).

Im hier zu untersuchenden Kontext der öffentlichen Meinung ist neben der Offenheit gegenüber nicht-staatlichen Akteuren besonders hervorzuheben, dass auf das Mehrebenensystem bezogene institutionalistische und Governance-Ansätze Anknüpfungspunkte für legitimierungstheoretische Fragestellungen bieten: Nachdem Schwierigkeiten bei der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht den bis dato angenommenen permissiven Konsens in Wanken hatten geraten lassen, wandte man sich von integrationswissenschaftlicher Seite aus verstärkt „normativen“ Fragen nach Akzeptanz oder Legitimität der EU zu. Erstmals wurden breitere Massenorientierungen zur europäischen Integration unter der Fragestellung in den Fokus genommen, ob legitimatorische Defizite vorherrschen und wie man diese gegebenenfalls überwinden könne. Die breite und bis heute anhaltende Debatte über das Demokratiedefizit

²⁰ Schon Lindberg und Scheingold verfolgten diese Prämisse in Ansätzen und nahmen Anleihen bei Eastons Systemtheorie, vgl. Abschnitt 1.3 in diesem Beitrag.

²¹ Auf EU-Ebene stellt beispielsweise die Tatsache, dass der Ministerrat oft im Konsens entscheidet, obwohl Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit möglich wären, ein Beispiel für eine informelle Institution dar (Aspinwall/Schneider 2000: 4).

der EU ist Ausdruck dieses post-Maastricht einsetzenden „normative turn“ (Bellamy/Castiglione 2003) in der Integrationstheorie.

„Der auf Partizipation und Inklusion zusätzlicher und vor allem auch nicht-staatlicher Akteure – etwa durch die ‚Wiederentdeckung der Zivilgesellschaft‘ (Armstrong 2002) – angelegte MLG-Ansatz [Multi-Level-Governance-Ansatz] bietet, so das normative Argument seiner Vertreter, ein demokratischeres Gegenmodell zum intergouvernemental geprägten Verhandeln hinter verschlossenen Türen“ (Knodt/Große Hüttmann 2006: 235).

Die nah mit dem Multi-Level-Governance-Ansatz verwandte Netzwerk- und Policy-Analyse untersucht, wie „cluster“ unterschiedlicher Akteure interagieren (Peterson 2004; Börzel 1998). Interessant ist in diesem Forschungsstrang vor allem der Fokus auf *policy networks* aus gesellschaftlichen und staatlichen Akteuren, denn gerade für die spezifische und komplexe Art der Governance auf europäischer Ebene bieten diese Ansätze ein adäquates Analyseinstrumentarium. KritikerInnen bemängeln, dass es sich beim Mehrebenenmodell und bei Governance-Ansätzen weniger um Hypothesen generierende Theorien im klassischen Sinn handele, sondern eher um schlichte Analysekonzepte. Gleichwohl ist als Ertrag und Mehrwert dieses Forschungsstrangs festzuhalten, dass er die wissenschaftlichen BeobachterInnen zum einen für die Komplexität der EU und die im europäischen Entscheidungsprozess involvierten diversen Akteure sensibilisiert, zum anderen Andockstellen für legitimationstheoretische Ansätze bietet.²²

2.3 Konstruktivistische Perspektiven

Parallel zum eben beschriebenen „Perspektivenwechsel“ kam es in der wiederbelebten Theoriedebatte laut Bieling/Lerch (2006b: 29) zu einer „Perspektivenirritation“: Während die bisher vorgestellten Ansätze (mit Ausnahme des soziologischen Institutionalismus) auf rationalistischen Grundannahmen fußen, gewinnen seit Ende der 1990er-Jahre in der Integrationstheorie konstruktivistische Ansätze an Gewicht. In den Internationalen Beziehungen hatte sich dieser „constructivist turn“ (Checkel 1998) bereits Anfang der 1990er-Jahre abgezeichnet. Gemeinsame Grundannahme aller konstruktivistischen Perspektiven ist die Vorstellung, dass sich die „Realität“ nicht unmittelbar erschließt, sondern dass die „soziale Wirklichkeit“ vom jeweiligen Beobachter konstruiert wird. Der Sammelbegriff „Konstruktivismus“ bezeichnet alle Ansätze, „die die intersubjektive Qualität der sozialen Welt und die gegenseitige Konstituierung von Akteur und Struktur beton[...]en und dabei die Rolle von Ideen, konstitutiven Regeln und Normen sowie die endogene Herausbildung von Interessen und Identitäten in den Vordergrund der Analyse stellen“ (Ulbert 2006: 412). Mit dem *spillover* konstruktivistischer Ansätze aus den Internationalen Beziehungen auf die Integrationstheorien (Schwellnus 2006: 321) wird die traditionelle Dichotomie zwischen Intergouvernementalismus und Neofunktionalismus bzw. Supranationalismus nun von der neuen Kontroverse zwischen Rationalismus und Konstruktivismus überlagert. Diese spielt sich allerdings auf einer anderen Ebene ab, handelt es sich doch bei Rationalismus und Konstruktivismus nicht um Theorien im engeren Sinne, sondern um Meta-Theorien. Wichtig ist dabei, dass konstruktivistische Ansätze nicht als strikter Gegensatz oder Widerspruch zu bestehenden Theorien zu

²² Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass auch die Europäisierungsforschung einen Perspektivenwechsel vornimmt, indem sie die Rückwirkungen der europäischen Integration auf die Mitgliedstaaten untersucht. Prinzipiell wäre auch hier eine Andockstelle für öffentlichkeitsbezogene Ansätze gegeben, allerdings ist Neyers Fazit zuzustimmen, wonach die Europäisierungsforschung bisher „wenig gesellschaftstheoretisch fundierte Inhalte“ (Neyer 2007: 384) aufweist. Zur Europäisierungsforschung generell vgl. Radaelli 2003.

sehen sind, sondern eher als Ergänzung. So hält Risse (2019: 144) fest: „In most cases, social constructivist research contributes to and complements existing theories of European integration by pointing out that some of their core concepts make little sense if they do not take processes of meaning construction and interpretation seriously, and if they bracket constitutive effects of European norms and institutions.“

In einer Zeit, die von europäischen Konstitutionalisierungsversuchen bei gleichzeitig schwindender Bevölkerungszustimmung geprägt war, fand der Konstruktivismus mit seiner Fokussierung auf Themen wie Normen, Identitäten oder Legitimität fruchtbaren Nährboden innerhalb der integrationstheoretischen Debatte. Vor allem der rege Diskurs über das Vorhandensein oder Nicht-Vorhandensein und die Beschaffenheit einer europäischen Identität und einer europäischen Öffentlichkeit bzw. einer europäischen öffentlichen Sphäre speist sich aus konstruktivistischer Quelle (so z. B. Egeberg 1999; Risse 2001; Checkel/Katzenstein 2009; Risse 2015). Die Integrationsbereitschaft einzelner Akteure variiert mit deren europäischer Identifikation. Eine europäische Identität gilt außerdem als Schlüssel zur Herstellung von Legitimität. KonstruktivistInnen sehen die Beschäftigung mit der europäischen Identität als bisher untererforschten, zum Verständnis der europäischen Integration aber zentralen Aspekt an. Europäische Identifikationsprozesse werden von VertreterInnen konstruktivistischer Ansätze auf Eliten- wie auf Massenebene untersucht, die Öffentlichkeit wird mithin in die Forschungen einbezogen (Risse 2010).

Auch die deliberative Integrationstheorie ist im Konstruktivismus zu verorten. Im Gegensatz zum Intergovernmentalismus, der bei der Betrachtung von *bargaining*-Prozessen die Logik von Verhandlungsmustern untersucht, widmet sich dieser noch relativ junge Forschungsstrang – in Anlehnung an Habermas' (1981) Theorie des kommunikativen Handelns – der Logik des Argumentierens (so z. B. Risse 2000). Während beim machtbasieren Verhandeln auf positive Anreize oder auf Sanktionen gesetzt wird, steht bei der verständigungsorientierten Logik des Argumentierens das Überzeugen im Mittelpunkt. AkteurInnen lassen sich nicht nur auf einen Vorschlag von GesprächspartnerInnen ein, um bestimmte positive Anreize zu erhalten oder weil sonst Sanktionen drohen, sondern weil sie das Argument der Gegenseite für richtig halten, weil sie davon überzeugt sind. Auf europäischer Ebene sind deliberativ-argumentative Prozesse häufig anzutreffen, so z. B. im System der Komitologie oder während der Tagungen im Konvent zur Zukunft der EU (Göler 2006). Die Untersuchung solcher Verständigungsprozesse ist vielversprechend, was das Verhältnis zwischen der europäischen politischen und der gesellschaftlichen Ebene angeht, da auch hier der permanente Diskurs und argumentative Überzeugungsprozesse eine große Rolle spielen. Ein Mehr an Integration in einem Politikfeld geht immer einher mit einem gewissen Rechtfertigungsdruck der politischen gegenüber der gesellschaftlichen Ebene. „Europa ist nur dann effektiv, wenn es überzeugt“ (Neyer 2007: 388). Wenn die Rechtfertigung nicht überzeugt oder völlig ausbleibt, entstehen Misstrauen und Widerstand, wie die ablehnenden Referenden der letzten Jahre belegen.

„Die wesentliche Stärke einer deliberativen Integrationstheorie liegt in ihrer gesellschaftstheoretischen Aktualität. Sie basiert auf einem Gesellschaftsverständnis, das die Begriffe der Öffentlichkeit und der Demokratie nicht systematisch ausblendet, sondern ihnen einen zentralen analytischen Platz einräumt“ (Neyer 2007: 393).

Diskursive Ansätze im Rahmen der *Discourse Studies* bzw. der *Critical Discourse Studies* (vgl. Wodak 2019) finden sich ebenfalls in diesem jüngeren konstruktivistischen Forschungsstrang wieder, wenngleich ihre Ursprünge bis zu Wittgenstein (1953) und Foucault (1972) zurückkrei-

chen. Diese Forschungsrichtung hat mit ihrem Fokus auf Kommunikation, Sprache, Text, Bilder, Zeichen und Diskurse fast immer auch Bezug zur Öffentlichkeit und zu öffentlichen Debatten. Oft wird dabei auch die Berichterstattung der Medien – als Bindeglied zwischen politischen Eliten und Öffentlichkeit – über europäische Themen analysiert und dekonstruiert (z. B. Triandafyllidou et al. 2009; Krzyżanowski/Machin 2018).

Insgesamt wird die europäische Integration von VertreterInnen des Konstruktivismus

„stets als sozialer Prozess konzeptualisiert, in dem über Interaktion und Kommunikation vermittelte Ideen, Identitäten und Normen die europäische Politik auf verschiedenen Ebenen beeinflussen und die Interessen und formalen Institutionen prägen, die in vielen anderen Integrationstheorien als gegeben angenommen werden“ (Schwellnus 2006: 324).

Der Konstruktivismus ist dabei offen für alle Analyseebenen und kann somit sowohl auf der Mikro- als auch auf der Makroebene als theoretische Basis dienen. Alles in allem haben konstruktivistische Ansätze somit ein immenses, bei weitem noch nicht ausgeschöpftes Potenzial, was die Berücksichtigung der breiteren Öffentlichkeit in integrationstheoretischen Ansätzen angeht, zudem – daran sei nochmals ausdrücklich erinnert – konstruktivistische Ansätze nicht zwingend als Gegensatz, sondern als Ergänzung und Bereicherung von bestehenden Theorien zu sehen sind.

2.4 Postfunktionalismus

Als neue *grand theory* des letzten Jahrzehnts ist der von Liesbet Hooghe und Gary Marks (2009) begründete Postfunktionalismus zu sehen. Das postfunktionalistische Forschungsprogramm stellt die Öffentlichkeit ins Zentrum seiner Analyse und untersucht die Entwicklung vom „permissive consensus“ zum „constraining dissensus“ (Hooghe/Marks 2009: 5) innerhalb der EU. Als Ursache für den „constraining dissensus“ sehen Hooghe und Marks (2009:6) die Politisierung des Regierens auf europäischer Ebene: „As more issues shifted to the European level, elite decision making would eventually give way to a process of politicization in which European issues would engage mass publics.“ Der Postfunktionalismus verfolgt – im Gegensatz zum Neofunktionalismus – eine eher pessimistische Hypothese, was weitere Integrations Schritte unter den Bedingungen der Politisierung betrifft, und geht davon aus, dass die erhöhte Salienz europäischer Themen und die gestiegene Mobilisierung der Öffentlichkeit zu mindestens differenzierter Integration bis hin zu Integrationsblockaden führt. Hooghe und Marks (2009: 4, 5) grenzen sich von den dominierenden Großtheorien des Neofunktionalismus und des (Liberalen) Intergouvernementalismus insofern ab, als sie Präferenzen von Eliten und UnionsbürgerInnen nicht nur ökonomisch konzeptualisieren, sondern den Faktor der Identität stärker berücksichtigen.

„Whereas neofunctionalism and intergovernmentalism view European integration as an efficiency improving process in which economic actors seek gains, postfunctionalism emphasizes the disruptive potential of a clash between functional pressures and exclusive identity. [...] Mass politics in elections, referendums, and party primaries opens the door to the mobilization of national identity as a constraint on integration. [...]

The study of mass politics has its roots in political psychology and is distinct from the rationalist-economic logic that underpins neofunctionalism and intergovernmentalism. Public opinion scholars regard economic preferences as just one possible motivation of human behavior, and one that is often less powerful than religion, ethnicity, or communal identity. Hence the label

postfunctionalist, which is a term that stresses agnosticism about whether decision making or its outcome will be characterized by functionality” (Hooghe/Marks 2019: 4-5).

Damit ist der Postfunktionalismus stark vom Konstruktivismus geprägt, spürbarer noch in seinen aktuelleren Modifizierungen, so etwa in Tanja Börzels und Thomas Risses (2018: 85) „amendment to postfunctionalism“.

Es ist Zeichen der lebendigen integrationstheoretischen Debatte, dass der Postfunktionalismus bereits KritikerInnen auf den Plan gerufen hat. Diese monieren vor allen Dingen, dass Hooghe und Marks die Öffentlichkeit als limitierenden („constraining“) Faktor für weitere Integration konzeptualisieren, dies jedoch nicht immer von der integrationspolitischen Realität der letzten Jahre gedeckt ist. So kann der Postfunktionalismus beispielsweise nicht erklären, warum im Zuge der hoch politisierten Eurokrise dennoch Integrationsfortschritte in der Währungs-, Wirtschafts- und Fiskalpolitik erreicht werden konnten (vgl. Schimmelfennig 2018). Mit diesem „Puzzle“ ist jedoch nicht nur der Postfunktionalismus, sondern auch die anderen integrationstheoretischen Ansätze konfrontiert. Webber (2019) stellt hierzu richtigerweise fest: „There has been more political disintegration than some of the historically most influential, ‚optimistic‘ theories would have anticipated, but less than more recently-developed and more ‚pessimistic‘ theories, notably postfunctionalism, would have expected.“ Die Frage, wann und unter welchen Bedingungen eine politisierte öffentliche Meinung sich bremsend oder die Integration billigend bzw. sogar befürwortend auswirkt, steht somit auf der Forschungsagenda.

2.5 Weitere Ansätze und interdisziplinäre Impulse

Zusätzlich und in Ergänzung zu den bisher dargelegten *grand theories* und Ansätzen befassen sich natürlich noch weitere inzwischen sehr ausdifferenzierte, um nicht zu sagen wild wuchernde theoretisch unterlegte Forschungsstränge mit der Erklärung und dem Verständnis europäischer Integration. Zumindest eine Auswahl dieser – um es positiver auszudrücken – reich blühenden theoretischen Ansätze muss hier noch Erwähnung finden. Notwendigerweise kann diese Auswahl nur cursorisch erfolgen und keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Auch hier lässt sich feststellen (das Fazit sei schon angedeutet), dass die Öffentlichkeit/öffentliche Meinung in all diesen Ansätzen in immer stärkerem Maße berücksichtigt wird.

An erster Stelle ist die in der vorliegenden Durchsicht bisher nicht erwähnte kritische politische Ökonomie zu nennen, deren Wurzeln zum Teil in (neo-)marxistischen Ansätzen liegen. Schon seit Ende der 1960er-Jahre war aus dieser Richtung Kritik an den gängigen Integrationstheorien laut geworden. (Neo-)marxistische TheoretikerInnen monieren vor allem, dass andere Ansätze die Bedeutung von Klassenkämpfen sowie von ökonomischen Verteilungsverhältnissen ignorieren und Macht- und Herrschaftsverhältnisse innerhalb der europäischen Integration nicht kritisch hinterfragen (vgl. hierzu ausführlicher Mandel 1967; Beckmann 2012).

„Critical political economy [...] analyses the mutual constitution of ‘the economic‘ and the ‘political in the process of European integration. [...] European integration and the regime of EU governance can be seen as a hegemonic project constructed by the agency of dominant national and transnational social forces vis-à-vis subordinate social groups” (Van Appeldoorn/Horn 2019: 203).

Besondere Bekanntheit erlangte der Neogramscianismus, (vgl. Gill 2001; Bohle 2012), dessen grundlegende Prämisse in der Überzeugung besteht, „dass die Macht- und Herrschaftsverhältnisse als das Produkt sozioökonomischer Reproduktionsmuster und politischer Kämpfe zu begreifen sind“ (Bohle 2012: 167). Gleichzeitig sind neogramscianische Ansätze auf die Veränderung und Überwindung der bestehenden Verhältnisse ausgerichtet. Prinzipiell weisen (neo-)marxistische Ansätze somit eine zivilgesellschaftliche Dimension auf. Der Blickwinkel, unter dem die Öffentlichkeit in der neo-marxistischen Forschungsagenda erscheint, ist allerdings stark auf klassenantagonistische, Kapitalismus- und Neoliberalismus-kritische Überlegungen festgelegt und damit recht eingeschränkt. Dennoch sollte die Wirkmacht dieser keineswegs einheitlichen Ansätze nicht unterschätzt werden, belegte doch gerade die Euro- und Staatsschuldenkrise die Relevanz sozioökonomischer Verteilungsverhältnisse innerhalb der Mitgliedstaaten und innerhalb der EU sowie die „limits and contradictions of the neo-liberal European project as it has unfolded against the background of global neo-liberal and finance-driven capitalism in the 1990s and 2000s“ (Van Appeldoorn/Horn 2019: 211).

Gender-Ansätze wurden (in ähnlichem Maße wie die (neo-)marxistischen Ansätze) lange Zeit vom Mainstream der Integrationstheorie ignoriert. Sie zählen ebenfalls zum kritischen Strang der Integrationsforschung, weil sie die „Geschlechtsblindheit gängiger Integrationstheorie“, des *Malestream*, und des Integrationsprozesses selbst (Abels 2012: 295) kritisieren. Eine eigenständige Großtheorie stellen Gender-Ansätze nicht dar, sie sind vielmehr eine Ergänzung und Herausforderung für die bestehende Theorielandschaft. Bisher existiert noch zu wenig Dialog zwischen den Integrationstheorien und Gender-Ansätzen (Bieling/Dietz 2016), obwohl Yvonne Galligan (2019: 193) zu Recht festhält: „The dominant theories of European integration would gain much in empirical and theoretical development from engaging with a gender perspective“. Bindet man die Gender-Perspektive zurück an die Frage nach der Berücksichtigung der Öffentlichkeit, so ist festzuhalten, dass sie in jedem Fall zu den *grassroot*-Ansätzen in der Integrationstheorie zählt, die in Opposition zur Staats- und Elitenzentriertheit anderer Theorien stehen und neue, wichtige Einsichten ermöglichen (vgl. grundlegend Hoskyns 1996; Abels/McRae 2016).

Schließlich ist die integrationstheoretische Debatte der jüngeren Zeit laut Bieling und Lerch (2006b: 30) auch noch von einer „Perspektivenerweiterung“ im Sinne der Offenheit für interdisziplinäre Impulse gekennzeichnet. Im vorliegenden Kontext ist besonders die Ergänzung der politikwissenschaftlichen Sichtweise durch die „Schwesterdisziplin“ Soziologie interessant, die sich beim Blick auf Europa vor allem der Suche einer europäischen (Zivil-)Gesellschaft widmet (Trenz 2006: 374; vgl. auch Eder 2000; Eder/Giesen 2001).²³ Sabine Saurugger (2016) zeigt anhand der Staatsschulden- und Eurokrise, dass soziologische Ansätze mit ihrem akteurzentrierten Blickwinkel, der über das *rational choice*-Paradigma nutzenmaximierender Akteure hinausgeht, ein besseres Verständnis für die EU in Krisensituationen generieren können. Auch methodisch bietet die Soziologie Instrumente, die über die klassischen, in der Politikwissenschaft gängigen Umfrageanalysen hinausgehen. So nimmt die Praxistheorie, die immer mehr Einzug in die Europaforschung hält, „the everyday of European integration“ (Adler-Nissen 2016) in den Blick und bedient sich Methoden wie Tiefeninterviews, Feldforschung,

²³ Das im Sammelband von Bieling und Lerch (2012 und frühere Auflagen) inkorporierte Forschungsprogramm des ITL (Integration through Law, Integration durch Recht) soll an dieser Stelle nur erwähnt werden, da es sich dabei nicht explizit um eine Theorie zur europäischen Integration handelt. ITL „zeichnet sich durch Fragmentierung und Heterogenität aus, besitzt kaum gemeinsame oder gar homogene Annahmen, Erwartungen, Reichweiten, Methoden oder Erkenntnisgegenstände und verfügt nicht über eine konsistente Methodologie oder ein kohärentes Verständnis von Prozessen oder Gegenständen“ (Haltern 2012: 339).

beobachtende Teilnahme etc. Van Ingelgom (2014) zeigt beispielsweise mittels eines innovativen *mixed method*-Ansatzes, dass die Integrationsforschung der Kategorie der Indifferenz, der Gleichgültigkeit der Bevölkerung, viel stärkere Aufmerksamkeit schenken sollte als dem *permissive consensus* des (Neo-)funktionalismus oder dem *constraining dissensus* des Postfunktionalismus: „We should also consider that politicisation [...] may transform support into indifference, rather than into informed or qualified opposition“ (Van Ingelgom 2014: 173). Vor dem Hintergrund perzipierter oder tatsächlich vorhandener Legitimitätsdefizite kann eine Soziologie der europäischen Integration mit dem klassischen soziologischen Repertoire zur Legitimität von Herrschaft oder zum Zusammentreffen von institutionalisierter Herrschaft und Gesellschaft auf europäischer Ebene wertvolle Erkenntnisse verschaffen. Mit dem Konzept einer europäischen Zivilgesellschaft als Gegenpol europäisch institutionalisierter Herrschaft wird zudem die breitere Öffentlichkeit in den Blick genommen, eine Perspektive, die von den neueren Theorien ansonsten nur der Konstruktivismus bietet.²⁴

„Europäische Gesellschaft wird, wie Eder [(2000: 94)] schreibt, zum Stachel, d. h. zu einer Gesellschaft, die vor den Toren der Institutionen steht und diesen den permissiven Konsens, also die unhinterfragte Zustimmungsbereitschaft der Bevölkerung entzieht und allmählich in Widerspruchspotential überführt“ (Trenz 2006: 3).

Auch bei der soziologischen Perspektive stehen wieder Verständigungs- und Kommunikationsprozesse im Raum der politischen Öffentlichkeit im Mittelpunkt. Sie stellen neben der Mobilisierung der BürgerInnen sowie der Herausbildung einer kollektiven Identität die Voraussetzung für eine europäische Vergesellschaftung dar. Indem die soziologische Perspektive auch die Medienöffentlichkeit in und zu Europa durchleuchtet, wird in diesem Ansatz eine weitere Erscheinungsform europäischer Öffentlichkeit integriert. Da diese politische Soziologie der europäischen Integration sehr anschlussfähig ist (so lässt sie sich beispielsweise gut mit dem Mehrebenenmodell kombinieren), ist davon auszugehen, dass sich bei einer weiteren Ausdifferenzierung der noch jungen Teildisziplin gewinnbringende Inspirationen für die Inklusion der breiteren Öffentlichkeit in integrationstheoretische Ansätze ergeben werden.

Mit Blick auf die Berücksichtigung der Öffentlichkeit in der theoretischen Debatte ist schließlich noch interessant, dass in der post-Maastricht-Integrationsforschung wieder – wie in der Anfangsphase – normative Ansätze verfolgt werden. Auf den mit dem Vertrag von Maastricht einsetzenden *normative turn* in den Integrationstheorien wurde in Abschnitt 2.2 schon hingewiesen. Zentrales Ziel der Normativen Politischen Theorie und vor allem des jüngeren Forschungsstranges rund um eine im Entstehen begriffene „Demoicracy“²⁵ ist es

„to provide standards by which we can judge the legitimacy of a political system in terms of how it responds to the interests of individuals and collectives, the manner in which it is internally

²⁴ Nicht umsonst verfolgt die „Soziologie der Internationalen Beziehungen“ ein konstruktivistisches Forschungsprogramm. Konstruktivistische Impulse in den Internationalen Beziehungen und der Integrationstheorie kommen vornehmlich aus der Soziologie.

²⁵ Die EU wird dabei als „demoicracy“ konzeptualisiert, d. h. als „a Union of peoples, understood both as states and as citizens, who govern together but not as one. It represents a third way against two alternatives which both equate democracy with a single demos: as a democracy-in-the-making, the EU is neither a Union of democratic states as ‚sovereignists‘ would have it, nor a Union-as-a-democratic state to be as ‚federalists‘ would have it. A Union-as-demoicracy should remain an open-ended process of transformation which seeks to accommodate the tensions inherent in the pursuit of radical mutual opening between separate peoples“ (Nicolaidis 2012: 254; vgl. grundlegend Nicolaidis 2004; vgl. auch Cheneval et al. 2015).

organized, and the way in which it deals with the demands and problems of society, including crises” (Bellamy/Lacey 2019: 234).

Abschließend soll nicht ausgeblendet werden, dass während der Polykrise der letzten Jahre auch Forderungen nach einer Theorie der Desintegration laut wurden. Dermot Hodson und Uwe Puetter (2018) gehen in ihrem Denkexperiment „Studying Europe after the fall“ gar so weit, die Konturen der „post-EU studies“ auszuleuchten. Die Rufe nach einer Desintegrationstheorie hatten vor allem Hochkonjunktur in der Hochzeit der Polykrise zu Beginn und Mitte der 2010er-Jahre (so beispielsweise Vollaard 2014; Jones 2018). Weiter befeuert wurden sie durch das Brexit-Referendum 2016. Aktuell sind Kassandrarufer, die das Auseinanderbrechen und den Untergang der EU prophezeien, angesichts des Brexit-Chaos, der „mother of all messes“ (Economist, 17.01.2019), wieder etwas verstummt. Die Unterstützungswerte für die EU tendieren den jüngsten Eurobarometer-Befragungen zufolge deutlich nach oben. Die Europawahl 2019 generierte wiederum eine pro-europäische Mehrheit im Europäischen Parlament. Die Polykrise macht nicht zuletzt auch die große Resilienz der EU deutlich. Krisenzentrierte Ansätze, die zwar das Stocken der supranationalen Integration in den Blick nehmen, aber weniger radikal ausgestaltet sind wie Desintegrationstheorien, werden vor diesem Hintergrund vermutlich eine größere Wirkungsmacht erlangen, so etwa der von Uwe Puetter (2012) diagnostizierte „Neue Intergouvernementalismus“ (vgl. auch Bickerton et al. 2015²⁶), in dem die seit Maastricht polarisierte öffentliche Meinung eine wichtige Rolle einnimmt, oder der vom Institutionalismus und Neofunktionalismus inspirierte Failing-forward-Ansatz (Jones/Kelemen/Meunier 2016). Zudem ist zu betonen, dass auch die bisherigen Integrationstheorien durchaus in der Lage sind, Stagnation und Krisen zu erklären und zu verstehen.²⁷

3 Fazit: Vom Statisten zum Protagonisten

„Die Rolle der öffentlichen Meinung ist eher die eines Statisten.“ Mit dieser Aussage fasste Thomas Herz (1977: 18) seine Untersuchung über den Stellenwert der öffentlichen Meinung in Theorie und Praxis der europäischen Integration bis Mitte der 1970er-Jahre zusammen. Nach der öffentlichkeitszentrierten Tour d’Horizon der Integrationstheorien, die vorliegender Beitrag zu liefern beabsichtigte, muss dieses Urteil aus heutiger Sicht maßgeblich revidiert werden. Die Analyse der vorangehenden Abschnitte zeigt, dass Öffentlichkeit und öffentliche Meinung seit den Anfängen der europäischen Integration und der theoretischen Beschäftigung damit von Statisten zu Protagonisten avanciert sind. Studien zu Einstellungen der UnionsbürgerInnen und vor allem zu Euroskeptizismus/EU-Skeptizismus (Ergen et al. 2019) gehören inzwischen zum Mainstream der Europaforschung (Leconte 2015). Tabelle 1 fasst den Stellenwert der Öffentlichkeit in integrationstheoretischen Ansätzen seit den Anfängen der Integrationstheorie zusammen.

²⁶ Kritisch dazu Schimmelfennig 2015; Haroche 2019; Börzel (2019: 99); Börzel/Risse (2019: 244): „The euro crisis has strengthened both supranational centralization and intergovernmental coordination.“

²⁷ So auch Börzel/Risse (2019: 246): „[...]It is simply not true that these theories have little to contribute to the explanation of the crisis and the EU responses to it.“ Aussagen über Desintegration können erst getroffen werden, wenn diese – vermutlich in Form des Brexit – wirklich als empirisches Forschungsobjekt vorhanden ist.

Es wurde in den vergangenen Abschnitten gezeigt, dass die Ansätze der integrationstheoretischen Frühphase (Föderalismus und Transaktionalismus) durchaus gesellschaftliche Implikationen beinhalteten. Mit Durchsetzung des (neo-)funktionalistischen Paradigmas verringerte sich diese Aufmerksamkeit zunächst zugunsten einer elitenzentrierten Perspektive. Der klassische Intergouvernementalismus und noch viel stärker Moravcsiks liberale Ausformung desselben sprachen der Öffentlichkeit dann wieder eine Rolle im Integrationsprozess zu, allerdings nur in Form von gesellschaftlich organisierten Interessengruppen. Erst durch den von der vergleichenden Regierungslehre inspirierten Perspektivenwechsel hin zu einer Betrachtung des politischen Systems der EU und spezifischer Formen europäischer Governance geriet die breitere Öffentlichkeit stärker in den Fokus. Der Vertrag von Maastricht, der den beginnenden Übergang von einer wirtschaftlichen Gemeinschaft zu einer politischen Union markierte und eine Vertiefung der Integration in etlichen Bereichen mit sich brachte, lieferte der Debatte neuen Zündstoff. Die Schwierigkeiten bei der Ratifizierung des Vertrags mit dem sehr knappen „Ja“ in Frankreich und der Notwendigkeit eines zweiten Referendums in Dänemark brachten neue Diskurse hervor, wie etwa die Frage nach einer europäischen Identität oder nach der demokratischen Ausgestaltung der EU. Mit der „normativen Wende“ der Integrationstheorie wurden und werden inzwischen verstärkt Anleihen bei der Politischen Theorie genommen. In der europäischen Legitimations- und Demokratiedebatte²⁸, die über das Erklären und Verstehen europapolitischer Prozesse hinausgeht und die europäische Integration zunehmend evaluativ und kritisch in den Blick nimmt, spielen BürgerInnen und Öffentlichkeit heute eine essenzielle Rolle. Die Debatte wird, wie gezeigt, geführt von PolitikwissenschaftlerInnen, SoziologInnen und von VertreterInnen anderer Disziplinen. Man kann an diesem Überblick zu den vergangenen sieben Jahrzehnten der Integrationstheorie sehen, dass die Öffentlichkeit in immer stärkerem Maße Berücksichtigung fand. Besonders deutlich zeigt sich diese Entwicklung, wie dargestellt, am Neofunktionalismus, der sich von einer absoluten Geringschätzung der öffentlichen Meinung bei Haas bis hin zu Schmitters stark öffentlichkeitsorientierten Arbeiten der jüngsten Zeit entwickelte.

Wenn diese theoretische Retrospektive nun konstatiert, dass die breite Öffentlichkeit zwar immer wieder in den diversen integrationstheoretischen Strömungen auftaucht, aber erst in jüngerer Zeit in den Mittelpunkt der wissenschaftlichen Aufmerksamkeit rückte, so ist dies nicht als Kritik an vorherigen integrationstheoretischen Ansätzen zu verstehen. Vielmehr ist die Entwicklung der Integrationstheorie immer auch Spiegel der realhistorischen Entwicklung. Demnach ist eine wesentliche Ursache für die veränderte Einschätzung der öffentlichen Meinung im Ablauf des europäischen Integrationsprozesses selbst zu finden. Dieser war anfänglich bewusst technisch-funktional und entpolitisiert angelegt. Ein Zitat aus den Memoiren des europäischen Gründungsvater Jean Monnet (1978: 370) spricht in diesem Zusammenhang Bände: „I have never believed that one fine day Europe would be created by some great political mutation, and I thought it wrong to consult the peoples of Europe about the structure of a Community of which they had no practical experience.“²⁹ Erst im Laufe der Zeit wurde der Integrationsprozess von zunehmender Politisierung und damit auch einer wachsenden Bedeutung der Öffentlichkeit geprägt. Betrachtet man die Integrationsgeschichte, so sind vor allem die Direktwahlen des Europäischen Parlaments seit 1979 und die Referenden

²⁸ Für eine ausgezeichnete Systematik der komplexen EU-Legitimationsdebatte vgl. Wimmel 2008.

²⁹ Monnet war keineswegs ein Anti-Demokrat. Leitbild und Zielvorstellung seines Handelns war vielmehr eine „federation validated by the people’s vote“. Diese Föderation war allerdings in seiner Vorstellung „the culmination of an existing economic and political reality“, also Ziel- und nicht Startpunkt der Integration. Somit setzte er auf die „pragmatic method“, die berühmte Methode Monnet, die den Bevölkerungswillen zunächst außen vor hielt (Monnet 1978: 371).

(beginnend mit den ersten Beitrittsreferenden Anfang der siebziger Jahre bis hin zum Brexit-Referendum 2016) realhistorische Impulse für eine verstärkte Berücksichtigung der öffentlichen Meinung in der Europaforschung. Das Vorhandensein systematischer Daten seit Beginn der Eurobarometer-Umfragen Anfang der 1970er-Jahre war ebenfalls eine Voraussetzung für ein stetiges Anwachsen öffentlichkeitsorientierter Europaforschung.

Im Nachgang und als Reaktion auf negative Referenden der jüngeren Zeit wurde von politischen AmtsträgerInnen und in der Europaforschung beinahe reflexartig die Kluft zwischen EU und BürgerInnen beklagt und die dringend notwendige Rückkopplung beider Ebenen beschworen. Diese Schockwellen der letzten zwei Jahrzehnte, beginnend mit dem negativen Referendum in Irland zum Vertrag von Nizza 2001 über die Ablehnung des Verfassungsvertrags durch Franzosen und Französinen und NiederländerInnen 2005 bis hin zum irischen Nein im ersten Referendum zum Vertrag von Lissabon 2008 und dem Brexit-Referendum 2016, machen den Bedarf an öffentlichkeitsorientierten Ansätzen der Integrationstheorie mehr als deutlich.

„Das gestiegene Selbstbewusstsein der europäischen Öffentlichkeit hat nicht nur den Integrationsprozess, sondern gleichzeitig auch die Integrationstheorie in die Krise gestürzt. Die wichtigsten integrationstheoretischen Ansätze [...] verfügen über kein angemessenes analytisches Vokabular, um die neue Rolle der Öffentlichkeit und die Kluft zwischen Europa und seinen Bürgern erfassen zu können“ (Neyer 2007: 283).

Dieser Feststellung von Jürgen Neyer ist allerdings nur bedingt zuzustimmen, denn wie die Durchsicht der einschlägigen Integrationstheorien zeigt, gibt es durchaus Elemente, die zur Erfassung der jüngsten Begebenheiten und Entwicklungen geeignet sind. Was die ohnehin schon unübersichtliche und verschwommene Landschaft der Integrationstheorie keineswegs braucht, ist eine weitere Theorie. Die integrationstheoretische Retrospektive zeigt nämlich auch, dass es einen kontraproduktiven Trend gibt, Theorien auszufransen und Neues zu beschwören, obwohl der Rückgriff auf altbewährte Versatzstücke *anderer* Theorien oft ähnlich viel Erklärungskraft haben könnte. Als klassisches Beispiel hierfür kann der Neofunktionalismus angesehen werden, der angesichts der Blockade in den 1960er-Jahren eigentlich einen Brückenschlag hin zu intergouvernementalen Ansätzen hätte vollziehen können. Stattdessen kam es zu einer theorieinternen Modifizierung durch die Einführung der bisher nicht vorgesehenen Kategorie des *spill-back*. Und während man zu Beginn des neofunktionalistischen Denkens von der Annahme ausging, dass *spillover*-Prozesse quasi automatisch ablaufen sollten, modifizierte Haas das ursprünglich nicht-intentionale *spillover*-Konzept so, dass auch von politischen Eliten induzierte *spillover*-Effekte wirksam werden können (*political spillover*). Später schrieben die Neofunktionalisten auch europäischen Institutionen eine integrationsfördernde Wirkung zu (*cultivated spillover*). Beide Modifizierungen stehen eigentlich in diametralem Widerspruch zum ursprünglichen technisch-funktionalen Konzept von *spillover*-Prozessen und damit zum Kern des Neofunktionalismus. Man könnte sogar argumentieren, dass die Idee des *political spillover* recht nah am Konzept des Intergouvernementalismus liegt, und die des *cultivated spillover* Verwandtschaft zu institutionalistischen Ansätzen aufweist.

Natürlich sollen keiner theoretischen Denkschule Anpassungsprozesse untersagt werden, es wird jedoch an dieser Stelle die These aufgestellt, dass sinnvolle Brückenschläge unterblieben und stattdessen eine kontraproduktive Ausfransung der Theorien stattgefunden hat. Die Theoriedebatten in der Europaforschung sind „durch eine hohe Vitalität mit häufigen Umbrüchen (‘turns’) und durch eine ausgeprägte Vielfalt mit einem beträchtlichen Grad an Unübersichtlichkeit und Fragmentierung“ (Wessels 2006: 427) geprägt. Forschungspsychologisch ist die

Aversion gegenüber Brückenschlägen nachvollziehbar, ist doch mit konzeptionellen Innovationen meist eine stärkere wissenschaftliche Profilierung verbunden als mit dem Rückgriff auf Altbekanntes und von anderen Hervorgebrachtes. Wenn man allerdings an die Übersichtlichkeit und Aussagekraft der integrationstheoretischen Landschaft denkt, ist dieser Trend zu bedauern, unter anderem auch deswegen, weil dadurch der Anschein konkurrierender Schulen erweckt wird, der von den Grundannahmen der Theorien nicht gedeckt ist. Rezipiert man die theoretischen Ansätze im Detail und beschränkt sich nicht nur auf die bekannten plakativen Kernaussagen, so ist zu konstatieren, dass die meisten Theorien mehr Gemeinsamkeiten aufweisen als deren VertreterInnen bisweilen konzедieren wollen. Es handelt sich bei der Mehrzahl der Theorien weniger um konkurrierende, sondern um komplementäre Ansätze, die einen jeweils unterschiedlichen theoretischen Anspruch haben, unterschiedliche Untersuchungsobjekte in den Fokus nehmen und unterschiedliche Leitfragen zu beantworten suchen. Hier ist an Donald Puchalas (1971) inzwischen legendäres und sehr treffendes Bild von den fünf Blinden zu erinnern, die einen Elefanten untersuchen und am Ende zu völlig unterschiedlichen Einschätzungen bezüglich „the nature of the beast“ gelangen.

Was für die Integrationstheorie generell gilt, trifft auch auf den Stellenwert und die theoretische Erfassung der breiteren Öffentlichkeit zu: Die Theorie zur Erfassung der öffentlichen Meinung existiert nicht. Nach aktuellem Stand der integrationstheoretischen Debatte bietet allerdings jeder theoretische Ansatz auch Möglichkeiten, die Ebene der Öffentlichkeit zumindest in gewissem Maße zu erfassen. Einige davon mehr, andere weniger. Keine der heute gängigen und verbreiteten Theorien schließt das Phänomen der öffentlichen Meinung jedoch vollständig aus ihrem Analyseraster aus. Es stellt sich demnach nicht mehr die Frage, ob die Öffentlichkeit in der theoretischen Beschäftigung mit der europäischen Integration eine Rolle spielen soll. Vielmehr lauten die wesentlichen Fragen für die künftige Europaforschung, wie die öffentliche Meinung inhaltlich ausgeformt ist, unter welchen Bedingungen die Öffentlichkeit die Integration eher im Sinne des *permissive consensus* zulässt oder im Sinne des *constraining dissensus* beschränkt, welche Ausformungen der Indifferenz gegenüber der europäischen Integration existieren, wie die Politisierung des europäischen Integrationsprozesses vonstattengeht und welchen Einfluss die Politisierung auf die Zukunft der Integrationsgemeinschaft hat. Wenn zur Beantwortung dieser und weiterer zentraler Fragen Versatzstücke verschiedener Theorien kombiniert werden, handelt es sich keineswegs – darauf sei explizit hingewiesen – um theoretische Beliebigkeit, sondern um die sinnvolle und bewusste Nutzbarmachung der bereits vorhandenen, sich gegenseitig ergänzenden Analyseansätze.

Der inzwischen reich gefüllte integrationstheoretische „Gemischtwarenladen“ bietet der Europaforschung somit großes Potential, die anfangs beschriebene Politisierung der EU einordnend, analysierend, erklärend, verstehend und bei Bedarf kritisch zu begleiten.

Tabelle 1: Stellenwert der Öffentlichkeit in integrationstheoretischen Ansätzen³⁰

Phase	Fokus und Untersuchungsobjekt	Leitfrage/n	Ansätze	Stellenwert der Öffentlichkeit (Ö.)
ab ~ 1943	Normativ	Wie kann der Frieden gesichert werden?	Föderalismus	politische Idee, die auch breitere Bevölkerungskreise erfasste
			Transaktionalismus	prominente Stellung der Ö.: Wir-Gefühl und Austauschbeziehungen als Integrationsbedingung
			Funktionalismus	sektorspezifische Experten statt breite Ö.
ab ~ 1960	Erklärung des Integrationsprozesses (Integration)	Warum findet Integration statt?	Neofunktionalismus	zunächst elitenzentriert, später systematische Berücksichtigung der Ö.
		Wie kann der Ablauf von Integrationsprozessen erklärt werden?	(Liberaler) Intergouvernementalismus	prinzipiell staatszentriert, jedoch Berücksichtigung gesellschaftlicher Präferenzen
			Supranationalismus	direkte Beteiligungsmöglichkeit transnationaler, nicht-staatlicher Gruppen auf die Integration
ab ~ 1980	Analyse der europäischen Governance (Europäisierung)	Was für ein politisches System ist die EU?	Neo-Institutionalismus	Große Offenheit gegenüber nicht-staatlichen/gesellschaftlichen Akteuren
		Wie können die politischen Prozesse innerhalb der EU beschrieben werden?	Multi-Level Governance-Ansatz	
			Policy- und Netzwerkanalyse	
ab ~ 1990	Konstruktion der Euro-Polity (Politisierung)	Wie und mit welchen politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen entwickelt sich/stagniert die europäische Integration?	Konstruktivismus/soziologische Ansätze	Integration als sozialer Prozess
		Wie werden der Integrationsprozess und die europäische Governance konzeptualisiert?	(normative) Politische Theorie der europäischen Integration	legitimitätstheoretische Überlegungen mit konkretem Bezug zur Ö.
			Postfunktionalismus	Ö. im Zentrum der Forschungsagenda
		Wie sollten der Integrationsprozess und die europäische Governance gestaltet sein?	(neo-)marxistische Ansätze	Ö. relevant im Kontext des Klassenantagonismus
		Gender-Ansätze	Ö. relevant im Kontext der Gender-Perspektive	
		Desintegrationstheorie und krisenzentrierte Ansätze	Fokus auf polarisierte und politisierte Ö. sowie auf Stagnation/Desintegration	

³⁰ Quelle: eigene Darstellung, die Einteilung in Phasen folgt, wie oben dargelegt, Bieling/Lerch 2006 und Bieling/Lerch 2012 sowie Wiener/Börzel/Risse 2019. Vgl. zum Begriff Euro-Polity Schmitter 2000.

Literaturverzeichnis

- Abels, Gabriele* 2012: Feministische Perspektiven, in: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration, 3. Auflage, Wiesbaden, 295-318.
- Abels, Gabriele/McRae, Heather* (Hrsg.) 2016: Gendering European Integration Theory: Engaging New Dialogues, Opladen.
- Adler-Nissen, Rebecca* 2016: Towards a Practice Turn in EU Studies: The Everyday of European Integration, in: Journal of Common Market Studies 54: 1, 87-103.
- Armstrong, Kenneth* 2002: Rediscovering Civil Society: The European Union and the White Paper on Governance, in: European Law Journal 8: 1, 102-132.
- Aspinwall, Mark/Schneider, Gerald* 2000: Same Menu, Separate Tables: The Institutional Turn in Political Science and the Study of European Integration, in: European Journal of Political Research 38: 1, 1-36.
- Bache, Ian/Bulmer, Simon/George, Stephen/Parker, Owen* 2014: European Union Politics, 4. Auflage, Oxford.
- Beckmann, Martin* 2012: Marxistische Politische Ökonomie, in: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration, 3. Auflage, Wiesbaden, 99-118.
- Bellamy, Richard/Castiglione, Dario* 2003: Legitimizing the Euro-Polity and its Regime. The Normative Turn in EU studies, in: European Journal of Political Theory 2: 1, 7-34.
- Bellamy, Richard/Lacey, Joseph* 2019: Normative Political Theory and the European Union, in: Wiener, Antje/Börzel, Tanja/Risse, Thomas (Hrsg.): European Integration Theory, 3. Auflage, Oxford, 216-236.
- Bickerton, Christopher/Hodson, Dermot/Puetter, Uwe* (Hrsg.) 2015: The New Intergovernmentalism: States and Supranational Actors in the Post-Maastricht Era, Oxford.
- Bieling, Hans-Jürgen* 2006: Intergouvernementalismus, in: Ders./Lerch, Marika (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration, 2. Auflage, Wiesbaden, 91-116.
- Bieling, Hans-Jürgen* 2016: Integrationstheorien, in: Woyke, Wichard/Varwick, Johannes (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, Bonn, 170-181.
- Bieling, Hans-Jürgen/Dietz, Thomas* 2016: Linking Gender Perspectives to Integration Theory: The Need for Dialogue, in: Abels, Gabriele/McRae, Heather (Hrsg.): Gendering European Integration Theory: Engaging New Dialogues, Opladen, 279-292.
- Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika* (Hrsg.) 2006a: Theorien der europäischen Integration, 2. Auflage, Wiesbaden.
- Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika* 2006b: Theorien der europäischen Integration. Ein Systematisierungsversuch, in: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika. (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration, 2. Auflage, Wiesbaden, 9-37.
- Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika* (Hrsg.) 2012: Theorien der europäischen Integration, 3. Auflage, Wiesbaden.
- Bohle, Dorothee* 2012: Neogramscianismus, in: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration, 3. Auflage, Wiesbaden, 165-185.

- Börzel, Tanja* 1998: Organizing Babylon – on Different Conceptions of Policy Networks, in: *Public Administration* 76: 2, 253-273.
- Börzel, Tanja/Risse, Thomas* 2018: From the Euro to the Schengen Crises: European Integration Theories, Politicization, and Identity Politics, in: *Journal of European Public Policy* 25: 1, 83-108.
- Börzel, Tanja* 2019: Governance Approaches to European Integration, in: Wiener, Antje/Börzel, Tanja/Risse, Thomas (Hrsg.): *European Integration Theory*, 3. Auflage, Oxford, 87-107.
- Börzel, Tanja/Risse, Thomas* 2019: Litmus Test for European Integration Theories. Explaining Crises and Travelling beyond Europe, in: Wiener, Antje/Börzel, Tanja/Risse, Thomas (Hrsg.): *European Integration Theory*, 3. Auflage, Oxford, 237-255.
- Carpentras, James/Keeler, John* 1995: The European Union and Regional Integration Theory, in: Rhodes, Carolyn/Mazey, Sonia (Hrsg.): *The State of the European Union. Building a European Polity*, Boulder, 29-62.
- Chadwick, Richard/Deutsch, Karl* 1973: International Trade and Economic Integration: Further Developments in Trade Matrix Analysis, in: *Comparative Political Studies* 6:1, 84-109.
- Checkel, Jeffrey* 1998: The Constructivist Turn in International Relations Theory, in: *World Politics* 50: 2, 324-348.
- Checkel, Jeffrey/Katzenstein, Peter* (Hrsg.) 2009: *European Identity*, Cambridge.
- Cheneval, Francis/Lavenex, Sandra/Schimmelfennig, Frank* (Hrsg.) 2015: *European Democracy as Demoi-cracy*, Abingdon.
- Conzelmann, Thomas* 2006: Neofunktionalismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): *Theorien der internationalen Beziehungen*, 2. Auflage, Opladen, 145-174.
- Deutsch, Karl* 1957: *Political Community and the North Atlantic Area. International Organization in the Light of Historical Experience*, Princeton.
- Deutsch, Karl* 1964: Transaction Flows as Indicators of Political Cohesion, in: Jacob, Philip/Toscano, James (Hrsg.): *The Integration of Political Communities*. Philadelphia, 75-97.
- Dinan, Desmond* 2004: *Europe Recast. A History of European Union*, Basingstoke.
- Easton, David* 1965a: *A Framework for Political Analysis*, Englewood Cliffs.
- Easton, David* 1965b: *A System Analysis of Political Life*, London.
- Eder, Klaus* 2000: Konstitutionsbedingungen einer transnationalen Gesellschaft in Europa. Zur nachholenden Modernisierung Europas, in: Heyde, Wolfgang/Schaber, Thomas (Hrsg.): *Demokratisches Regieren in Europa? Baden-Baden*, 87-102.
- Eder, Klaus/Giesen, Bernd* (Hrsg.) 2001: *European Citizenship. National Legacies and Postnational Projects*, Oxford.

- Egeberg, Morten* 1999: Transcending Intergovernmentalism? Identity and Role Perceptions of National Officials in EU Decision-Making, in: *Journal of European Public Policy* 6: 3, 456-474.
- Eichenberg, Richard/Dalton, Russell* 2007: Post-Maastricht Blues: The Transformation of Citizen Support for European Integration 1973–2004, in: *Acta Politica* 42: 2-3, 128-152.
- Emmanouilidis, Janis A./Zuleeg, Fabian* 2016: EU@60 – Countering a regressive & illiberal Europe, URL: <https://www.eui.eu/Documents/DepartmentsCentres/SPS/Profiles/Schmitter/GreenPaper.pdf> (03.04.2019).
- Ergen, Berivan/ Krause, Simon /Rinne, Johanna* 2019: Eine Diskursanalyse des EU-Skeptizismus des Front National, der Freiheitlichen Partei Österreichs und der Partei für die Freiheit, Würzburger Arbeitspapiere zur Politikwissenschaft und Soziologie 10, Würzburg, DOI: 10.25972/OPUS-18091.
- Faber, Anne* 2005: Europäische Integration und politikwissenschaftliche Theoriebildung. Neofunktionalismus und Intergouvernementalismus in der Krise, Wiesbaden.
- Foucault, Michel* 1972: *The Archeology of Knowledge*, London.
- Friedrich, Carl* 1968: *Trends of Federalism in Theory and Practice*, New York.
- Galligan, Yvonne* 2019: European Integration and Gender, in: Wiener, Antje/Börzel, Tanja/Risse, Thomas (Hrsg.): *European Integration Theory*, Oxford, 174-194.
- Giering, Claus* 1997: Europa zwischen Zweckverband und Superstaat? Die Entwicklung der politikwissenschaftlichen Integrationstheorie im Prozess der europäischen Integration, Bonn.
- Gill, Stephen* 2001: Constitutionalizing Capital: EMU and Disciplinary Neoliberalism, in: Bieler, Andreas/Morton, Adam (Hrsg.): *Social Forces in the Making of the New Europe. The Restructuring of European Social Relations in the Global Political Economy*, Houndmills, 47-69.
- Göler, Daniel* 2006: Deliberation – Ein Zukunftsmodell europäischer Entscheidungsfindung? Analyse der Beratungen des Verfassungskonvents 2002–2003, Baden-Baden.
- Grande, Edgar/ Kriesi, Hanspeter* 2015: Die Eurokrise: Ein Quantensprung in der Politisierung des europäischen Integrationsprozesses?, in: *Politische Vierteljahresschrift* 56: 3, 479-505.
- Greubel, Johannes* 2018: Towards a Profound European Asylum System? On EU Governance during the Refugee Crisis, in: *Würzburger Jean-Monnet-Papers* Nr. 2 (2018), URN: urn:nbn:de:bvb:20-opus-168797.
- Grimmel, Andreas/Jakobeit, Cord* (Hrsg.) 2009: *Politische Theorien der europäischen Integration*, Wiesbaden.
- Große Hüttmann, Martin/Fischer, Thomas* 2006: Föderalismus, in: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hrsg.): *Theorien der europäischen Integration*, 2. Auflage, Wiesbaden, 41-63.
- Haas, Ernst B.* 1966: The Uniting of Europe and the Uniting of Latin America, in: *Journal of Common Market Studies* 5: 3, 315-343.

- Haas, Ernst B.* 1968: *The Uniting of Europe*, Stanford.
- Haas, Ernst B.* 1975: *The Obsolescence of Regional Integration Theory*, Berkeley.
- Habermas, Jürgen* 1981: *Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt/Main.
- Häckel, Erwin* 1979: Tagungen: Neue Entwicklungen von Integrationstheorien, in: *Integration* 2: 2, 86-90.
- Hall, Peter/Taylor, Rosemary* 1996: Political Science and the Three New Institutionalisms, in: *Political Studies* 44: 5, 936-957.
- Haltern, Ulrich* 2006: Integration durch Recht, in: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hrsg.): *Theorien der europäischen Integration*, 2. Auflage, Wiesbaden, 339-358.
- Haroche, Pierre* 2019: Supranationalism strikes back: a neofunctionalist account of the European Defence Fund, in: *Journal of European Public Policy*, DOI: 10.1080/13501763.2019.1609570.
- Herz, Thomas* 1977: *Europa in der öffentlichen Meinung. Zur politischen Mobilisierung in Deutschland und Frankreich zwischen 1962 und 1977*, Bonn.
- Hewstone, Miles* 1986: *Understanding Attitudes to the European Community. A Social-Psychological Study in Four Member States*, Cambridge.
- Hodson, Dermot/Puetter, Uwe* 2018: Studying Europe After the Fall: Four Thoughts on Post-EU Studies, in: *Journal of European Public Policy* 25: 3, 465-474.
- Hoffmann, Stanley* 1966: Obstinate or Obsolete? The Fate of the Nation State and the Case of Western Europe, in: *Daedalus* 95: 3, 862-915.
- Hoffmann, Stanley* 1983: Reflections on the Nation-State in Western Europe Today, in: *Journal of Common Market Studies* 21: 2, 21-37.
- Hooghe, Liesbet/Marks, Gary* 2009: A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus, in: *British Journal of Political Science* 39: 1, 1-23.
- Hooghe, Liesbet/Marks, Gary* 2019: Grand Theories of European Integration in the Twenty-First Century, in: *Journal of European Public Policy*, DOI: 10.1080/13501763.2019.1569711.
- Hoskyns, Catherine* 1996: *Integrating Gender: Women, Law and Politics in the European Union*, London.
- Inglehart, Ronald* 1970: Public Opinion and Regional Integration, in: *International Organization* 24: 4, 764-795.
- Jones, Erik* 2018: Towards a theory of disintegration, in: *Journal of European Public Policy*, 25: 3, 440-451.
- Jones, Erik/Kelemen, Daniel R./Meunier, Sophie* 2016: Failing Forward? The Euro Crisis and the Incomplete Nature of European Integration, in: *Comparative Political Studies* 49: 7, 1010-1034.
- Key, Valdimer O.* 1961: *Public Opinion and American Democracy*, New York.

- Knodt, Michèle/Große Hüttmann, Martin* 2006: Der Multi-Level Governance-Ansatz, in: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration, Wiesbaden, 223-247.
- Kohler-Koch, Beate/Conzelmann, Thomas/Knodt, Michèle* 2004: Europäische Integration – europäisches Regieren, Wiesbaden.
- Krzyżanowski, Michal/Machin, David* 2018: Critical Approaches: Media Analysis in/and Critical Discourse Studies, in: Cotter, Colleen/ Perrin, Daniel (Hrsg.): The Routledge Handbook of language and media, New York, 62-76.
- Leconte, Cécile* 2015: From Pathology to Mainstream Phenomenon: Reviewing the Euroscepticism Debate in Research and Theory, in: International Political Science Review 36: 3, 250-263.
- Lindberg, Leon* 1963: The Political Dynamics of European Integration, Stanford.
- Lindberg, Leon/Scheingold, Stuart* 1970: Europe's Would-Be Polity. Patterns of Change in the European Community, Englewood Cliffs.
- Mandel, Ernest* 1967: International Capitalism and „Supra-Nationality“, in: Socialist Register 1967, London, 27–41.
- March, James/Olsen, Johan* 1984: The New Institutionalism: Organizational Factors in Political Life, in: The American Political Science Review 78: 3, 734-749.
- Marks, Gary/Hooghe, Liesbet/Blank, Kermit* 1996: European Integration since the 1980s: State-Centric vs. Multi-Level Governance, in: Journal of Common Market Studies 34: 3, 341-378.
- Mitrany, David* 1944: A Working Peace System: An Argument for the Functional Development of International Organization, London.
- Monnet, Jean* 1978: Memoirs, London.
- Moravcsik, Andrew* 1993: Preferences and Power in the European Community: A Liberal Intergovernmentalist Approach, in: Journal of Common Market Studies 31: 4, 473-524.
- Moravcsik, Andrew* 1997: Taking Preferences Seriously. A Liberal Theory of International Politics, in: International Organization 51: 4, 513-553.
- Moravcsik, Andrew* 1998: The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht, Ithaca.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela* 2004: Frankreichs Europapolitik, Wiesbaden.
- Neyer, Jürgen* 2007: Welche Integrationstheorie braucht Europa?, in: Integration 30: 4, 382-393.
- Nicolaïdis, Kalypto* 2004: We The Peoples of Europe, in: Foreign Affairs 83: 6, 97-110.
- Nicolaïdis, Kalypto* 2012: The Idea of European Democracy, in: Dickson, Julie/ Eleftheriadis, Pavlos (Hrsg.): Philosophical Foundations of European Union Law, Oxford, 247-274.
- Nölke, Andreas* 2006: Supranationalismus, in: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration, 2. Auflage, Wiesbaden. S. 145-168.

- Peterson, John* 2004: Policy Networks, in: Wiener, Antje/Diez, Thomas (Hrsg.): European Integration Theory, Oxford, 117-135.
- Puchala, Donald* 1971: Of Blind Men, Elephants and International Integration, in: Journal of Common Market Studies 10: 3, 267-284.
- Puetter, Uwe* 2012: The New Intergovernmentalism in EU Governance, in: Zimmermann Hubert/Dür, Andreas (Hrsg.): Key controversies in European integration, Houndsmill, 56-62.
- Putnam, Robert* 1988: Diplomacy and Domestic Politics. The Logic of Two-Level Games, in: International Organization 42: 3, 427-460.
- Radaelli, Claudio* 2003: The Europeanization of Public Policy, in: Featherstone, Kevin/Radaelli, Claudio (Hrsg.): The Politics of Europeanization, Oxford, 27-56.
- Rauh, Christian/Zürn, Michael* 2014: Zur Politisierung der EU in der Krise, in: Heidenreich, Martin (Hrsg.): Krise der europäischen Vergesellschaftung, Wiesbaden, 121-145.
- Risse, Thomas* 2000: Let's Argue! Communicative Action in World Politics, in: International Organization 54: 1, 1-39.
- Risse, Thomas* 2001: A European Identity? Europeanization and the Evolution of Nation-State Identities, in: Cowles, Maria Green/Caporaso, James/Risse, Thomas (Hrsg.): Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change, Ithaca, 198-216.
- Risse, Thomas* 2010: A Community of Europeans? Transnational Identities and Public Spheres, Ithaca.
- Risse, Thomas* (Hrsg.) 2015: European Public Spheres: Politics Is Back, Cambridge.
- Risse, Thomas* 2019: Social Constructivism and European Integration, in: Wiener, Antje/Börzel, Tanja/Risse, Thomas (Hrsg.): European Integration Theory, Oxford, 128-147.
- Rosamond, Ben* 2000: Theories of European Integration, London.
- Rüger, Carolin* 2012: Europäische Außen- und Sicherheitspolitik – (k)ein Thema für die Öffentlichkeit? Die außen- und sicherheitspolitische Rolle der EU im Blickwinkel von öffentlicher Meinung und Medien, Baden-Baden.
- Sandholtz, Wayne/Stone Sweet, Alec* (Hrsg.) 1998: European Integration and Supranational Governance, Oxford.
- Saurugger, Sabine* 2014: Theoretical Approaches to European Integration, Basingstoke.
- Saurugger, Sabine* 2016: Sociological Approaches to the European Union in Times of Turmoil, in: Journal of Common Market Studies 54: 1, 70-86.
- Scharpf, Fritz W.* 1985: Die Politikverflechtungsfalle: Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich, in: Politische Vierteljahresschrift 26: 4, 323-356.
- Schimmelfennig, Frank* 2015: What's the News in "New Intergovernmentalism"? A Critique of Bickerton, Hodson and Puetter, in: Journal of Common Market Studies 53: 4, 723-730.
- Schimmelfennig, Frank* 2018: European Integration (Theory) in Times of Crisis. A Comparison of the Euro and Schengen Crises, in: Journal of European Public Policy 25: 7, 969-989.

- Schmitter, Philippe* 1969: Three Neo-Functional Hypotheses about International Integration, in: *International Organization* 23: 1, 161-167.
- Schmitter, Philippe* 1971: A Revised Theory of Regional Integration, in: Lindberg, Leon/Scheinberg, Stuart (Hrsg.): *Regional Integration: Theory and Research*, Cambridge, 232-264.
- Schmitter, Philippe* 2000: Federalism and the Euro-Polity, in: *Journal of Democracy* 11: 1, 40-47.
- Schmitter, Philippe* 2002: A Proposal for the Creation of a Citizen Assembly; URL: <https://www.eui.eu/Documents/DepartmentsCentres/SPS/Profiles/Schmitter/CitizenAssembly.pdf> (03.04.2019).
- Schmitter, Philippe* 2003: Democracy in Europe and Europe's Democratization, in: *Journal of Democracy* 14: 4, 71-85.
- Schmitter, Philippe* 2009: Notes and Comments (on a Post-Functionalist Theory of European Integration by Hooghe and Marks), in: *British Journal of Political Science* 39: 1, 211-215.
- Schwellnus, Guido* 2006: Sozialkonstruktivismus, in: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hrsg.): *Theorien der europäischen Integration*, 2. Auflage, Wiesbaden, 321-345.
- Sinnott, Richard* 1998: Bringing Public Opinion back in, in: Niedermayer, Oskar/Sinnott, Richard (Hrsg.): *Public Opinion and Internationalized Governance*, New York, 11-32.
- Steinhilber, Jochen* 2006: Liberaler Intergouvernementalismus, in: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hrsg.): *Theorien der europäischen Integration*, 2. Auflage, Wiesbaden, 169-195.
- Stone Sweet, Alec/Sandholtz, Wayne* 1997: European Integration and Supranational Governance, in: *Journal of European Public Policy* 4: 3, 297-317.
- Trechsel, Alexander/Schmitter, Philippe* 2004: Green paper on the Future of Democracy in Europe for the Council of Europe; URL: <https://www.eui.eu/Documents/DepartmentsCentres/SPS/Profiles/Schmitter/GreenPaper.pdf> (03.04.2019).
- Trenz, Hans-Jörg* 2006: Soziologische Perspektiven. Auf der Suche nach der europäischen (Zivil-)Gesellschaft, in: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hrsg.): *Theorien der europäischen Integration*, 2. Auflage, Wiesbaden, 319-338.
- Triandafyllidou, Anna/Wodak, Ruth/Krzyżanowski, Michal* (Hrsg.) 2009: *The European Public Sphere and the Media: Europe in Crisis*, Basingstoke.
- Ulbert, Cornelia* 2006: Sozialkonstruktivismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen, 409-440.
- Van Appeldoorn, Bastiaan/Horn, Laura* 2019: Critical Political Economy, in: Wiener, Antje/Börzel, Tanja A./Risse, Thomas (Hrsg.) 2019: *European Integration Theory*, 3. Auflage, Oxford, 195-215.
- Van Ingelgom, Virginie* 2014: *Integrating Indifference. A Comparative, Qualitative and Quantitative Approach to the Legitimacy of European Integration*, Colchester.

- Vollaard, Hans* 2014: Explaining European Disintegration, in: *Journal of Common Market Studies* 52: 5, 1142-1159.
- Webber, Douglas* 2019: Trends in European Political (Dis)integration. An Analysis of Postfunctionalist and Other Explanations, in: *Journal of European Public Policy*, DOI: 10.1080/13501763.2019.1576760.
- Wessels, Wolfgang* 2006: Theoretischer Pluralismus und Integrationsdynamik: Herausforderungen für den „acquis académique“, in: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hrsg.): *Theorien der europäischen Integration*, 2. Auflage, Wiesbaden, 427-457.
- Wiener, Antje/Börzel, Tanja A./Risse, Thomas* (Hrsg.) 2019: *European Integration Theory*, 3. Auflage, Oxford.
- Wiener, Antje/Diez, Thomas* (Hrsg.) 2009: *European Integration Theory*, 2. Auflage, Oxford.
- Wimmel, Andreas* 2008: Die demokratische Legitimität europäischen Regierens: ein Labyrinth ohne Ausgang?, in: *Integration* 31: 1, 48-64.
- Wittgenstein, Ludwig* 1953: *Philosophische Untersuchungen*, Frankfurt am Main.
- Wodak, Ruth* 2019: Discourse and European Integration, in: Wiener, Antje/Börzel, Tanja/Risse, Thomas (Hrsg.): *European Integration Theory*, Oxford, 151-173.
- Wolf, Dieter* 2006: Neo-Funktionalismus, in: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hrsg.): *Theorien der europäischen Integration*, 2. Auflage, Wiesbaden, 65-90.
- Wolf, Dieter* 2012: Neo-Funktionalismus, in: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hrsg.): *Theorien der europäischen Integration*, 3. Auflage, Wiesbaden, 55-76.
- Zürn, Michael* 2013: Politisierung als Konzept der Internationalen Beziehungen, in: Zürn, Michael/Ecker-Ehrhardt, Matthias (Hrsg.): *Die Politisierung der Weltpolitik: Umkämpfte internationale Institutionen*, Berlin, 7-35.